

offensiv links

bewegung für sozialismus f0j



Gesamtschule: Reform abgesagt

S 8.-
nr. 43/jg. 5
Mai 1978

**SP-Programm: Schöne Worte
Muchs SP-Programm-Comic**

Inhalt

- 3 KURSALON MÖDLING
Die Gemeinde verwaltet selbst
- 4 GESAMTSCHULE
Reform abgesagt
- 8 SCHULE
Ungeliebte politische Bildung
- 9 SCHÜLERZEITUNGEN
Druck unter Druck
- 11 ARBEITSUNFÄLLE
Plädoyer für eine
Sicherheitskampagne
- 12 ALLTÄGLICHE GESCHICHTEN
- 14 KOMMUNALES
Neues Wohnen in alten Häusern
- 15 ANTI-AKW-BEWEGUNG
Neu mobilisieren
- 17 BETRIFFT RECHTSSTAAT
Der Zeuge als Angeklagter
- 18 WOLF BIERMANN AUS DER NÄHE
- 20 SP-PROGRAMM
Rosa, zart und schwindsüchtig
Viele schöne Worte
- 22 MUCHS ILLUSTRIRTES
SP-PROGRAMM
- 24 ARBEITSKÄMPFE IN DER BRD
Druckarbeiter
- 25 Hafenarbeiter
- 26 Metallarbeiter
- 26 ÖLPEST
Gigantensexkrement
- 27 ARGENTINIEN 78
Die Arbeiter spielen nicht mit
- 29 CHINA
Kater nach dem Rausch
- 31 BÜCHER

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebensfähigkeit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen – bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgasse in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links – solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof). Telefon: 33 83 374. ● Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52. ● Einzelpreis: S 8,- ● Abonnement: S 80,- (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976. Länderbank Wien.



Zu diesem Heft

Das Parlament kreißte und gebar eine Laus. Höchstens als solche im dichten schwarzen Pelz des österreichischen Schulwesens läßt sich der bisherige Stand der SP-Schulreform bezeichnen. Die Gemüter insbesondere der rechten Hälfte des Nationalrats erhitzten sich dennoch in einem Ausmaß, das ahnen läßt, welche gesellschaftspolitische Bedeutung dieser Frage allgemein zukommt. Ist Hansi einmal gründlich deformiert, den Hans später nix mehr reformiert – so könnte man das bekannte Sprichwort von der Funktion des Lernens (und des institutionalisierten Lehrens) abwandeln.

Die SP gibt sich viel Mühe, die ideologischen Grundlagen des kapitalistischen Systems wenigstens anzuknabbern. Nach der ORF-Reform, der Milderung des Abtreibungsparagraphen, der Humanisierung des Justizwesens (Frage der Ehescheidung z.B.) – edle Bemühungen, die wir in den verschiedenen ÖL-Nummern ausführlich besprochen haben – ist das zentrale Thema dieses Heftes das ausgeschobene und – was zu befürchten ist – auch aufgehobene Projekt der Gesamtschule.

Daß solche reformatorischen Anstrengungen der SPÖ wenig Früchte tragen und über Ereignisse kaum hinausgehen, die in anderen Ländern von liberalbürgerlichen Regierungen auch zustandegebracht werden – das hängt unmittelbar mit den politischen Grundsätzen und der ideologischen Orientierung dieser mächtigen und traditionsreichen Partei zusammen. Diesen Zusammenhang beleuchtet aus aktuellem Anlaß des Ende Mai stattfindenden Programm-Parteitags der SPÖ die Auseinandersetzung mit dem SP-Programm-Entwurf.

*Es ist nun das fünfte Heft der an Haupt und Gliedern reformierten und verbesserten offensiv links. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dieser Zeitschrift, die viele Stunden ihrer Freizeit für die inhaltliche und technische Gestaltung aufwenden, sind mit den Ergebnissen trotzdem nicht restlos zufrieden. Vor allem die Ausweitung der Kontakte zu neuen Mitarbeitern läßt zu wünschen übrig – obwohl von der Redaktion aus jedes Interesse an solchen Kontakten besteht. Wir möchten es daher nicht bei Beteuerungen bewenden lassen und laden zu einer zwanglosen Aussprache mit interessierten Freunden unserer Zeitschrift ein: wir nehmen Kritik, Anregungen – auch Lob gerne entgegen, und das bei Brötchen und Getränken im Club links, 1020 Wien, Ecke Odeongasse/Gr.Mohrengasse am 6.Juni 1978 um 18Uhr.
Herzlichst willkommen!*

Redaktionsschluß für die Juni-Nummer ist 12.Mai

Kursalon Mödling



Die Gemeinde verwaltet selbst

(mit ihrem Kulturreferent von Mödling, dem Vizebürgermeister Ofner) ein. Der FPÖ waren die aufgewendeten Steuermittel ein Dorn im Auge, *'die zur Förderung einer Einrichtung dienen, deren gesellschaftspolitischer Gehalt weit links von den Parteien und weit links von der Mehrzahl der Mödlinger Bevölkerung steht. Daher ist die FPÖ nicht bereit, auch nur einem Groschen zuzustimmen'*.

So mußte das JZ immer mehr zur Kenntnis nehmen, daß Initiativen außerhalb der politischen Parteien nicht gefragt sind. War es zuerst der *'Linkstrend'*, der herhalten mußte, so waren es später der angeblich überhöhte Bierkonsum und die sogenannten Exzesse im JZ, die dessen Unglaubwürdigkeit beweisen sollten. Ganz gleich wie, das JZ sollte abgewürgt werden – abgewürgt von Leuten, die selbst nie in diesem Haus waren und die sich selbst nie mit unseren Problemen auseinandergesetzt haben.

Was aber die Gemeinderäte nicht schafften, sollte einer Rockerbande aus Wien gelingen – nämlich die Schließung des JZ herbeizuführen. Nach dem Rockerüberfall vom Palmsonntag wurde das JZ geschlossen und seitdem nicht wieder aufgemacht. Aber nicht genug damit – am 11.4.1978 wurde mit den Stimmen der FPÖ und der sich sehr flexibel erweisenden ÖVP die Schließung des JZ im Gemeinderat durchgedrückt. Anstelle eines selbstverwalteten Jugendzentrums sollen vielmehr jetzt die Vereine Mödlings dort eine Heimstätte finden...

So war nach fünfmonatiger Arbeit der Traum zu Ende. Wir saßen nun wieder dort, wo wir vorher schon waren – auf der Straße. Wir sollten wieder zu dem werden, was wir früher schon waren – zu Konsumenten. Weil wir aber all das satt haben, weil wir uns nicht in ein parteipolitisches Schema pressen lassen wollen, werden wir nicht aufhören zu *'kämpfen'* – zu *'kämpfen'* für ein Jugendzentrum in Mödling nach unseren Wünschen und Vorstellungen. Wir wissen um unsere Fehler Bescheid, wir wissen aber auch, daß uns nicht einmal die Möglichkeit gegeben wurde, aus diesen Fehlern zu lernen.

K.H. ■

Mödling, eine Schulstadt im Süden von Wien. Zwei Gymnasien, eine HTL, eine Handelsakademie, eine Handelsschule usw. werden von rund 4 - 5.000 Schülern besucht. Hinzu kommen noch rund 2000 Lehrlinge, die in Mödling berufstätig sind. Das Freizeitangebot war und ist in Mödling trotz der großen Zahl von Jugendlichen sehr gering, so daß es nicht verwunderlich erscheint, daß die Jugendlichen auf ein Wahlversprechen Bürgermeister Hornys bezüglich eines Jugendzentrums pochten. Das hierfür in Frage kommende Gebäude war der ehemalige Kursalon in der Brühlerstraße 19. Es gründete sich ein Verein JZ Kursalon, dessen Mitglieder sich darauf festlegten, das künftige Jugendzentrum selbst zu verwalten.

Neben der SPÖ sprachen sich vorerst die Gemeinderäte der ÖVP gegen die Stimmen der FPÖ (in der Koalition mit der SPÖ) für ein Jugendzentrum aus. Aber nicht nur die politischen Parteien setz-

ten sich mit dem Problem des JZ auseinander, sondern auch die Mödlinger Pfarren mit ihrem Exponenten Wilhelm Müller meldeten sich zu Wort. Pfarrer Müller betonte das Ja der Mödlinger Pfarren zum JZ, hatte aber Bedenken wegen *der geistigen und moralischen Linie* desselben.

Quertreibereien gab es nicht nur von Seiten der Politiker, sondern auch schon zu Beginn von Seiten der Presse (Mödlinger Zeitung und NÖ-Nachrichten), die einen Bericht vom 17. Juni 1976 (MZ) mit der meuchlerischen Schlagzeile *Mao-Linie für neuen Jugendklub* versah.

Trotz allem wurde der Kursalon teils aus eigener Initiative, teils mit Unterstützung der Gemeinde revitalisiert und im Herbst 1977 den Jugendlichen von Mödling offiziell übergeben.

Nicht einmal noch richtig funktionstüchtig, setzte rund zwei Wochen nach der Eröffnung erneut die Antikampagne der FPÖ

Gesamtschule:

Die Niveaulosigkeit der Angriffe von rechts erreicht ein Ausmaß, das nur von der Diskussion um den Abtreibungsparagraphen und die Scheidungsreform überboten werden kann. Nach dem erreaktionären Verband der Professoren ist die Integrierte Gesamtschule eine "integrierte Volksgenossenschaftsanstalt", "eine unerhörte Vergewaltigung des österreichischen Volkes, ein tödlicher Schlag gegen die Demokratie", die "Junge Europa-Studenteninitiative (JES) fürchtet sich vor der "Schaffung des Massenmenschen sozialistischer Prägung" und der "Ring Freiheitlicher Studenten" (RFS) wittert in der Integrierten Gesamtschule gar "ein Mittel von der Schul- und Kulturrevolution zur gesellschaftlichen Revolution" und fordert "Schluß mit unausgegorenen gesellschaftsverändernden Experimenten". Und allerorten das Schreckgespenst der "Chancennivellierung" und "öden Gleichmacherei" (Taus). Nach diesen Äußerungen würde man in den Schulversuchen gesellschaftspolitische Neuerungen von umwälzender Tragweite vermuten. Doch ist alles andere als das der Fall.

Schulklassenkampf auf österreichisch

Die gesetzliche Grundlage der Schulversuche ist die 4. Novelle zum Schulorganisationsgesetz aus dem Jahre 1971, die von SPÖ, ÖVP und FPÖ einstimmig beschlossen wurde. Darin wurde u. a. festgelegt, daß in den Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen Schulversuche zur *Additiven Gesamtschule* (Hauptschule und Allgemeinbildende höhere Schule (AHS) in einem Haus, Erleichterung der Übertrittsmöglichkeit), zur *Orientierungsstufe* (Zusammenfassung der fünften und sechsten Schulstufe ohne Trennung in Hauptschule und AHS) und zur *Integrierten Gesamtschule* (Zusammenfassung der fünften bis achten

Weil 1979/80 die erste Phase der Schulversuche in Österreich ausläuft, wird die Schuldebatte derzeit wieder hitziger geführt. Der Weg vom Schulversuch zur allgemeinen Anwendung in den "Regelschulen" ist weit. Für die Änderung des Schulsystems verlangt die Verfassung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Aus der polemisch geführten Parteien- und Mediendiskussion um Gleichmacherei und Nivellierung in der Integrierten

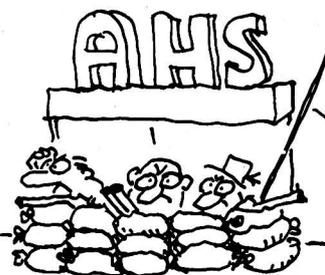
Schulstufe ohne Trennung in Hauptschule und AHS) durchzuführen sind. Die Zahl der Schulversuche für die Zehn- bis Vierzehnjährigen ist auf 10 % der Hauptschulen des betreffenden Bundeslandes beschränkt. Schulversuche konnten in den Schuljahren 1971/72 bis 1975/76 begonnen werden und sind je nach der Zahl der in Betracht kommenden Schulstufen auslaufend abzuschließen. Die Schulversuche werden vom Schulversuchszentrum an der Bildungshochschule in Klagenfurt betreut und durch wissenschaftliche Begleituntersuchungen bewertet.

Grund für die Einigkeit aller drei Parteien bei der Erstellung eines Schulversuchsprogramms ist ein hoffnungslos veraltetes, rigides Schulsystem, in dem die Weichen für den Lebensweg des Schülers nach Absolvierung der Volksschule, mit zehn Jahren, gestellt werden. Der Lehrer beurteilt am Ende der 4. Volksschulklasse die Eignung des Schülers für den ersten oder zweiten Klassenzug in der Hauptschule. Die erste Klassenzugsreife berechtigt zum Besuch der AHS. Wer nach der Volksschule im zweiten

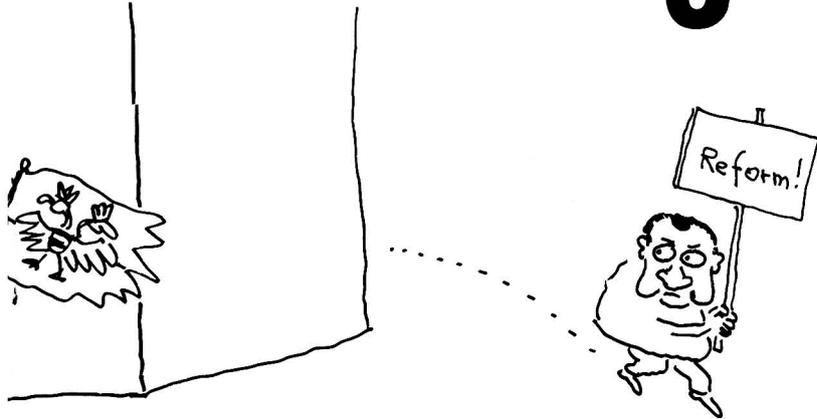
Klassenzug landet, ist fürs Leben gebrandmarkt. Für seine Bildung wird am wenigsten Geld ausgegeben, er wird von den schlechtesten Lehrern unterrichtet, er hat es schwer, eine Lehrstelle zu finden.

Insbesondere mit der Integrierten Gesamtschule sollte, nach Vorstellung der SPÖ, die soziale Trennung um vier Jahre hinausgeschoben werden und so insbesondere Kindern aus den unteren sozialen Schichten mehr Chancengerechtigkeit geboten werden.

Die bürgerlichen Parteien sind zwar an der Beibehaltung des Klassencharakters des Bildungswesens interessiert, nicht jedoch an einer unflexiblen feudalen Bildungsstruktur, welche die Arbeitskräfte zu sozialer Immobilität erzieht. Wogegen die bürgerlichen Parteien in österreichischer Borniertheit Sturm laufen - die einheitliche Ausbildung aller Zehn- bis Vierzehn-, bzw. Sechzehnjährigen - gehört in anderen westlichen Ländern schon lange zum kapitalistischen Schulalltag. Doch um eine solche Ausbildung geht es bei den jetzigen Schulversuchen schon lange nicht mehr.



Reform abgesagt



Gesamtschule beginnt sich eine für die SP-Politik typische Kompromißlösung herauszuschälen, mit der sich die beiden Oppositionsparteien einverstanden erklären können. Auf der Strecke bleiben die Ideale von "Chancengleichheit" und "sozialer Integration". Aus dem Schreckgespenst der "marxistischen Gesellschaftsänderung" wird eine kleinlaute Hauptschulreform werden.

Nur nicht zuviel versuchen

Die "Integrierte Gesamtschule" (IGS) als gemeinsame Schule aller Zehn- bis Vierzehnjährigen ist unter den Schulversuchen jener, der am meisten rechten Staub aufwirbelt. Denn hier geht es – so meinen manche – um Wesentliches: um den Klassencharakter unserer Gesellschaft und ihres Bildungswesens. Denn eine "pluralistische Gesellschaft verlangt ein pluralistisches Schulsystem" (Verband der Professoren). Auch die *Furche* sieht in der IGS einen "Eingriff in die Struktur der Gesellschaft".

Wenn man den Worten von Unterrichtsminister Sinowatz Glauben schenken will, dann ist nach der Schulreform durch den sozialistischen Politiker und Unterrichtsminister Otto Glöckel im Jahre 1920 die derzeit angestrebte Schulreform einer der bedeutendsten Schritte in Richtung Chancengleichheit in diesem Jahrhundert. Die im SP-Schulprogramm aus dem Jahre 1969 aufgestellte Forderung nach "mehr Bildung für immer mehr Menschen" gelte es nun nicht nur als Lippenbekenntnis zu sehen, sondern sie nach und nach in Zusammenarbeit mit den Bürgern in die Tat umzusetzen.

Mit der Zusammenarbeit mit den Bürgern hapert es ein wenig. Es erfolgte überhaupt keine Bewußtseinsbildung (es sei denn von reaktionärer Seite) in der Bevölkerung, womit der ÖVP erleichtert wurde, sich ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen und die Schulreform als eine totalitäre Maßnahme über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu verteufeln. Und trotz Dementi wird es wohl auch weiterhin bei einem Lippenbekenntnis bleiben. *Denn was da als Versuch zur "Integrierten Gesamtschule" gehandelt wird, gibt es mit einer einzigen Ausnahme (IGS Liesing in Wien) nirgends in Österreich.* Die Bezeichnung ist also irreführend. *Tatsächlich handelt es sich um Hauptschulversuche*, in denen die Kinder nach einer undifferenzierten Eingangsperiode von einigen Monaten in den Hauptgegenständen Deutsch, Englisch und Mathematik in niveaueverschiedene Leistungsgruppen aufgeteilt werden. In den anderen Fächern wird die "heterogene Stammklasse" beibehalten, ohne Berücksichtigung der von der Volksschule zuerkannten Klassenzugsreife. So soll eine "effektivere Ausschöpfung der Begabungsreserven ohne Verschlechterung des

Spitzenniveaus" erreicht werden. Die Leistungen der Schüler werden durch Tests regelmäßig überprüft, die auch die Grundlage für Auf- und Abstufungen in andere Leistungsgruppen darstellen, es wird also die "Undurchlässigkeit" zwischen A- und B-Zug aufgebrochen, die "Disfunktionalität" der zwei Klassenzüge abgeschwächt. Aufstufungen werden durch Förderkurse unterstützt, Abstufungen durch Stützkurse zu reduzieren versucht. Die dritte Leistungsgruppe entspricht niveaumäßig dem zweiten Klassenzug der Hauptschule, die erste der AHS. Ein automatischer Übertritt von der IGS in eine AHS ist möglich, wenn der Schüler in allen Hauptgegenständen in der ersten Leistungsgruppe war. War er/sie in der zweiten Gruppe, hängt es in allen Fächern von den Noten ab, bei schlechteren Noten ist eine Aufnahmeprüfung zu machen. Ist er/sie in der dritten Leistungsgruppe, gibt es nur mehr auf dem Papier eine Chance. Aus der Trennung in Klassenzüge ist also eine – wenn auch flexibler gestaltete – Trennung in Leistungsgruppen geworden.

SPÖ erfüllt alte ÖVP-Forderung

Sinowatz spricht zwar nach wie vor von dieser "differenzierten Hauptschule" als wichtigen Schritt in Richtung Integrierte Gesamtschule, doch "man hat in Österreich stets eine gemeinsame Schulpolitik der großen Parteien angestrebt", weshalb ohne die Zustimmung der ÖVP ohnehin nur eine "Teillösung zunächst im Bereich der Hauptschule" herauskommen kann. Bei der Zweigleisigkeit des Bildungswesens wird es also auf absehbare Zeit bleiben, insbesondere da ja keine Schulversuche zu ihrer Beseitigung unternommen wurden, deren Ergebnisse jetzt ausgewertet werden könnten. Was die Hauptschulreform betrifft, wird eine Einigung nicht schwer sein. Denn was der SP die "differenzierte Hauptschule", ist der VP die "reformierte Hauptschule" und der

FP die "differenziert geführte Mittelschule". Die österreichische Schulreform scheint als ein Nomenklaturstreit zu enden.

Neue Formen durch Reformen?

Es wäre ein Leichtes, von links her die Integrierte Gesamtschule und gar erst die sich derzeit durchsetzende Hauptschulreform als eine technokratische Reform abzutun, als Anpassung an die spätkapitalistische Realität, als Vorspiegelung sozialer Mobilität, als Versuch, die Arbeiter durch das Erzeugen einer Aufsteigermentalität zu integrieren und ihrer Klasse zu entfremden. Wir können auch darauf hinweisen, daß Chancengleichheit nicht durch Bildung, sondern durch gesellschaftliche Veränderung erreicht wird, und daß Bildung allein nicht gesellschaftsverändernd wirkt, zumal es sich um bürgerliches Wissen handelt, das da vermittelt wird. Und daß es eine Illusion wäre, sich von einem staatlichen Schulsystem sozialistische Bildung zu erwarten. Der Spielraum kann zwar erweitert werden, aber die Grenzen sind durch den Zustand der Gesamtgesellschaft vorgegeben. So etwa ist das Leistungsprinzip - auch wenn die Benotung abgeschafft wird - eine unabdingbare Voraussetzung zur Erfüllung der für den heutigen Stand der Produktion geforderten Eigenschaften und Fähigkeiten: hohe Qualifikation, Mobilität, Konkurrenzdenken. Und dennoch: selbst diese technokratische Reform kann nicht ohne heftigen Widerstand durchgesetzt werden. An der starren Trennung zwischen Hauptschule für vier Fünftel der österreichischen Bevöl-

Als Institution der Gesellschaft hat die Schule die Aufgabe, alle Kinder des Volkes ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechts, der Rasse, des Standes, der Klasse, der Sprache und des Bekenntnisses gemeinsam zu erziehen und zu unterrichten. Die Kinder sollen ohne Rücksicht darauf, welchen Beruf sie später ausüben, so lange wie möglich dieselbe Schule besuchen, damit gesellschaftliche Vorurteile ausgeschaltet und gesellschaftliche Schranken abgebaut werden.

SP-Schulprogramm, 1969

kerung und dem Gymnasium für ein Fünftel wollen die Rechtsparteien nicht gerüttelt wissen. Deshalb wäre eine Mobilisierung der Eltern, der fortschrittlichen Lehrer, der Gewerkschaft zu Schulfragen notwendig. Deshalb müßte ein Bewußtsein geschaffen werden über die Funktion des Schul- und Bildungswesens. Deshalb muß die Linke differenzierter argumentieren, anstatt die Schule als Instrument der Klassengesellschaft aufs politische Abstellgleis zu schieben.

Bei der Beurteilung der nun einige Jahre laufenden Schulversuche an Hauptschulen, die mit Einschränkungen auf eine wirkliche "Integrierte Gesamtschule" übertragbar wären, muß man sich erst einmal die Ausgangslage ansehen:

Ohne Lehrer geht nichts

Die IGS wird nicht von den ÖVP-Lehrern insgesamt, sondern von den Mittelschulprofessoren bekämpft, die ihre Standesinteressen bedroht fühlen (90 % der Mittelschullehrer sind bei der ÖVP). Deshalb fand sich auch, mit einer Ausnahme, kein Gymnasium in ganz Österreich bereit, einen IGS-Versuch durchzuführen. An der einzigen Schule in Wien-Liesing, wo die IGS die Unterstu-

fe der AHS ersetzt und Haupt- und Mittelschullehrer zusammenarbeiten, unterrichten zwar Hauptschullehrer die ersten Leistungsgruppen (also AHS-Niveau), werden aber schlechter entlohnt und auch sonst diskriminiert. Besonders in den Bundesländern wurden Hauptschulen ohne vorherige Absprache und Problematisierung unter Lehrern und Eltern per Dekret förmlich über Nacht zu Versuchsschulen erklärt. Entsprechend wenig engagierten sich die Lehrer, entsprechend stark war der Widerstand bei den Eltern, die sich übergangen fühlten. In Wien sieht die Situation etwas besser aus. Vielfach wurden neu gebaute Schulen gleich als Gesamtschulen geführt, es meldeten sich engagierte progressive Lehrer zur Teilnahme an Schulversuchen. Doch auch im allerschlechtesten Schulsystem können engagierte und gut ausgebildete Lehrer positive Ansätze unterbringen. Der Angelpunkt für Gelingen oder Mißlingen einer Schulreform liegt bei der Lehrerausbildung - und die liegt ganz in den Händen der Rechten. Die an manchen Versuchsschulen in Wien gemachten positiven Erfahrungen lassen sich deshalb nicht verallgemeinern. Dies trifft auch auf die finanzielle Ausstattung zu.

In der Schule soll der Schüler für seinen weiteren Lebensweg notwendige Denk- und Verhaltensformen lernen:

- das Erkennen von Zusammenhängen und Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Sachverhalten und Vorgängen;
- die Bereitschaft zur kritischen Stellungnahme;
- die Bereitschaft zur Kommunikation und Kooperation mit anderen sowie zur Toleranz;
- das Streben nach selbständigem Wissenserwerb und eigener Weiterbildung;
- die Fähigkeit zur glückhaften Gestaltung des eigenen Lebens;
- die Freude am schöpferischen Tun.

SP-Schulprogramm, 1969

Leistung bleibt Leistung

Die Versuchsschulen gerieten in eine furchtbare Konkurrenzsituation mit den Gymnasien: sie mußten beweisen, daß sie zumindest gleich gut bei den erbrachten Schulleistungen abschneiden. Eine total einseitige Orientierung auf diesen Leistungsvergleich war die Folge. Überhaupt sind die Bewertungskriterien des Zentrums für Schulversuche für den Erfolg der



IGS rein auf empirisch meßbare Leistung reduziert. Soziales Lernen etwa wird nicht berücksichtigt.

Neuer Wein in alte Schläuche

Zu Beginn der Schulversuche wurde eine Lehrplanreform in den Schulversuchen von Lehrern ausgearbeitet und auch praktiziert, aber dann vom Schulversuchszentrum abgewürgt. Stattdessen wurden Projektteams gebildet, die unter interministerieller Kontrolle stehen. Heute wird an den Versuchsschulen nach dem herkömmlichen Lehrplan unterrichtet, mit der einzigen Ausnahme, daß zusätzlich zu den normalen Schulbüchern vom Schulversuchszentrum Arbeitsblätter erarbeitet werden, in denen der Lehrstoff methodisch anders präsentiert wird und häufiger gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen behandelt werden. Nicht einmal die ganz schlimmen Diskriminierungen des alten Systems, wie etwa die Trennung in Handarbeiten für Mädchen und Werken für Buben, wurden abgeschafft.

Den Besseren zu schlecht

Auf Grund des durch die konservative Verteufelungskampagne geschaffenen schlechten Images der Gesamtschule schicken Eltern aus "besseren Kreisen" ihre Kinder nach wie vor gleich nach der Volksschule in die AHS. Schüler aus dem B-Zug der Hauptschule versuchen in der IGS dem sozialen Stigma zu entgehen. Die IGS droht zu einer Restschule für tendenziell schwächere Schüler zu werden. Das angestrebte Ziel von "Integration" und "sozialer Koedukation" kann erst dann angegangen werden, wenn die Gesamtschule zur einzigen, allen Zehn- bis Vierzehnjährigen angebotenen Regelschule wird. Durch die 10 %-Klausel war der Schulversuch von vornherein begrenzt und dieses Ziel praktisch ausgeschlossen. Insgesamt besuchten etwa 6 % aller zehn- bis vierzehnjährigen HS- und AHS-Schüler die IGS. Da die Zweigleisigkeit des Schulsystems beibehalten wird, mag zwar in der ersten Leistungsgruppe der IGS AHS-Niveau erreicht werden, die sozialen Barrieren, die einen Übergang von der Hauptschule

ins Gymnasium behindern, bleiben aber bestehen.

Ganztagschule vergessen

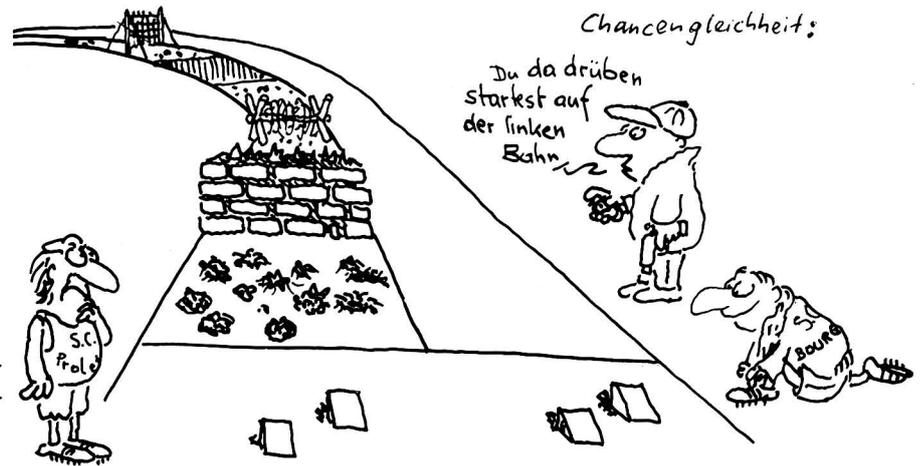
Der Schulversuch zur Einführung der Ganztagschule – eine Forderung, die vor allem im Interesse aller berufstätigen Frauen aufgestellt werden muß – wurde gar mit einer 5 %-Klausel belegt. Sie wird aus der schulpolitischen Diskussion überhaupt herausgelassen, weil sie wohl auf konservativer Seite noch unpopulärer ist als die Gesamtschule, nimmt sie doch der Familie und insbesondere der Mutter die "Erziehungspflichten" ab. Sinowatz beschränkt sich auf die nichtssagende Ankündigung, daß Ganztagschulen als alternatives Schulangebot dort errichtet werden, wo dies die

gebend für die zukünftige Schullaufbahn der Kinder waren. Tatsächlich geben die Erfolge den Befürwortern dieses Systems recht.

Durch die Leistungsdifferenzierung in der Gesamtschule ist eine bessere Förderung der unterschiedlich begabten Einzelschüler möglich. Die Zahl der in allen drei Leistungsgruppen einheitlich eingestufteten Schüler lag bisher immer unter 50 %.

Es konnte die Anzahl der Wiederholer und der in einem Schultyp Gescheiterten drastisch gesenkt werden, weil das Versagen in einem Gegenstand zunächst nur den Wechsel der Leistungsgruppe nach sich zog.

Durch die größere Rollenflexibilität der einzelnen Schüler verbesserten sich vielfach die Beziehungen



gesellschaftliche Entwicklung notwendig macht. An eine Einführung der Ganztagschule als Regelschule ist überhaupt nicht gedacht; womit sich wieder einmal jene Kinder diskriminiert fühlen werden, deren Mütter berufstätig sind, womit wieder einmal den Frauen ein schlechtes Gewissen für ihre Berufstätigkeit zugeschoben wird.

Leistungsversuche

Als Begründung für die Einführung von Leistungsgruppen in den Hauptfächern werden die spezifischen Begabungs- und Leistungsunterschiede angeführt, denen im bisherigen Schulsystem nur in geringem Maße Rechnung getragen werden konnte. Es waren vor allem gesellschaftliche oder Prestige Gründe und in den ländlichen Gebieten zusätzlich große Entfernungen, die bisher ausschlag-

zwischen Lehrern und Schülern und zwischen den Schülern untereinander.

Die Lehrer untereinander sind zu größerer Kooperation verpflichtet, weil die Lehrpläne der verschiedenen Leistungsgruppen aufeinander abgestimmt werden müssen, um den Schülern einen jederzeitigen reibungslosen Übertritt in eine andere Leistungsgruppe zu ermöglichen. Dennoch wird sowohl in Österreich als auch in der BRD, wo die Schulversuche schon längerfristige Resultate erzielt haben, heftige Kritik an den Leistungsgruppen geübt. Es können keine eindeutigen Kriterien entwickelt werden, nach denen die Kinder eingestuft werden. Meistens sind es weiterhin solche formaler Art wie etwa in Deutsch die Rechtschreibung. Nach wie vor ausschlaggebend ist die soziale Herkunft der

Kinder. In der an der gehobenen Mittelschicht orientierten Schule mit den entsprechenden Lehrinhalten bleibt für Arbeiter- und Bauernkinder wieder nur ein Platz in den unteren Leistungsgruppen, wo sie sich bald an die in sie gesetzten - geringeren - Erwartungen anpassen und dann zu besseren Leistungen nicht mehr motiviert werden können. Mit der Höhe der Schulstufe wird deshalb auch die Durchlässigkeit nach oben immer geringer.

Laut einer diesen März veröffentlichten Studie des Zentrums für Schulversuche und Schulentwicklung bringen nach Ansicht von Lehrern und Schülern die Leistungsgruppen einen deutlich stärkeren Leistungsdruck. Die Schüler lehnen die Leistungsgruppen ab, die Lehrer

ziale Positionen vorzunehmen hat, ist der Widerspruch zwischen der Forderung nach bestmöglicher Förderung aller und der Auslese leistungsstarker Schüler nicht prinzipiell aufzuheben.

Träume aus der BRD

In der BRD haben einige Gesamtschulen Alternativen erprobt, die auf einer Ablehnung jeglicher Form von Leistungsdifferenzierung beruhen. Sie verzichten auf individuelle, das Konkurrenzprinzip anwendende Leistungsbeurteilung und stellen somit Ansätze für kollektives Lernen in einem konstanten sozialen Gefüge dar. Es wurden Strukturmerkmale erarbeitet, die sich an der bestmöglichen sozialen und fachlichen Qualifikation aller Schüler orientieren:

- keine Leistungsdifferenzierung
- Abbau der Leistungsbeurteilung, die auf Konkurrenz der Schüler untereinander abzielt
- heterogene und stabile Schülerkleingruppen
- Lehrerteams
- Aufhebung von geschlossenen Lehrplänen auf Jahrgangsebene
- Aufhebung der Atomisierung des Lernens, d. h. Aufhebung der Fächer-, Zeit- und Raumeinteilung.

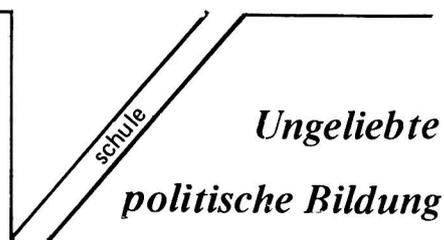
Doch das sind wohl Utopien, die in diesem Gesellschaftssystem kaum verwirklicht werden können. Eine realistische Reform, für die sich eine Mobilisierung von Schülern, Eltern und fortschrittlichen Lehrern sowie gewerkschaftliche Maßnahmen lohnen würden, wäre vorerst einmal eine einheitliche Schule aller Sechsbis Fünfzehnjährigen ohne Leistungsdifferenzierung. Eine solche Schule - verbunden mit einer grundlegend reformierten Lehrerbildung - würde zumindest einen formalen Rahmen für das Durchsetzen neuer Lehrinhalte und Lernziele bilden.

Erica Fischer ■

Quellen u. a.:

Rotfront, April 78
rot-press, 1/78

Integrierte Gesamtschule, Broschüre des Zentralausschusses der österr. Hochschülerschaft
päd.extra Frankfurt



Anfang der siebziger Jahre schienen sich die damals recht starke fortschrittliche Schülerbewegung und die Sozialdemokratie getroffen zu haben: die lang geforderte Einführung eines Schulfachs "politische Bildung" schien abgemachte Sache. Auch Teile der Wirtschaft erwärmten sich dafür, wenn auch aus anderen Motiven: so ein Schulfach, schrieb Horst Knapp in den "Finanznachrichten", könnte sachlich und objektiv die Vorteile der freien Marktwirtschaft darlegen und den linken Systemkritikern besser entgegenwirken als die bisherige "Staatsbürgerkunde". In den Studiengesetzen an den Hochschulen schien ein Fach "Sozial- und Wirtschaftskunde" auf, die Einrichtung des Faches an den Schulen schien nur noch eine Sache der Zeit zu sein. Hunderte von Studenten begannen, Politikwissenschaft zu studieren, um dann das Fach Politische Bildung an den Schulen unterrichten zu können.

Doch dann kam die Tendenzwende, der Druck von links ließ nach. In der BRD hatte man Erfahrungen mit dem Politikunterricht gesammelt, Konflikte um fortschrittliche Lehrer und fortschrittliche Lehrinhalte gingen zu einem grossen Teil von diesem Fach aus. Die Wirtschaft trat noch immer für "politisch informierte" Schüler ein, aber könnte das nicht auch im Geschichte- und Geographieunterricht geleistet werden? Zu diesem Zweck gab die Bundeskammer auch Lehrbücher über "Wirtschaftskunde" heraus, in denen Gewerkschaften nur einmal (und zwar im Zusammenhang mit "überhöhten Lohnforderungen") vorkamen, und das sozialdemokratische Ministerium approbierte sie zur Verwendung an Mittelschulen. FPÖ und ÖVP sprachen sich nun gegen ein eigenes Schulfach "Politische Bildung" aus und begründeten dies vor allem mit der Angst vor linken Lehrern. Von den Universitäten war mittlerweile bekannt geworden, daß die Politikinstitute linke Hochburgen waren.

Eine in der Schulpolitik stets um Konsens mit der ÖVP bedachte SPÖ gab nach: politische Bildung als eigenes Fach wurde gestrichen, dafür sollte sie "fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip" werden. Theoretisch hieß das: politische Inhalte sollten in jedem Fach mitbehandelt werden, in der Praxis läuft das wohl eher auf ein stilles Begräbnis der Sache hinaus. Als nun der entsprechende Erlaß des Unterrichtsministeriums veröffentlicht wurde, gab es einen Aufschrei:

"Politik im Musikunterricht" schrieb die "Presse". Es müsse jetzt die Internationale gesungen und im Physikunterricht über Abrüstung gesprochen werden. Das nenne ich Taktik: zuerst gegen ein eigenes Fach wettern und dann, sobald das durchgesetzt ist, überhaupt jede Änderung blockieren. Wozu auch: eine kurz-

Frauenzimmer

Ein Buchcafe für Frauen
Lange Gasse 11
1080 Wien
Tel. (0222) 43 96 685

Buchhandlung:
Mo bis Fr, 10 bis 18 Uhr
Sa, 10 bis 13 Uhr

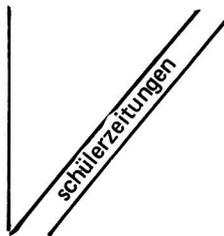


Kaffeehaus:
Di bis Sa, 12 bis 24 Uhr

befürworten sie, weil sie ihnen ein angenehmeres Unterrichten in einheitlichen Gruppen und vor allem Erfolgserlebnisse in den ersten Gruppen bietet. Diese permanente Erzeugung von Leistungs- und Konkurrenzdruck steht im Widerspruch zu dem an den Gesamtschulen geförderten pädagogischen Prinzip des kooperativen Verhaltens und Lernens.

Doch solange das Schulsystem Verteilungen auf unterschiedliche so-





Druck unter Druck

Die politische Situation unter den Schülern ist mies. Die rechten Verbindungen dominieren. Da sind nur wenige kritische Schülerzeitungen, die gegen diese Tendenzen ankämpfen – und diese werden von Behörden drangsaliert. Neue Gesetze haben daran nicht viel geändert. Darüber ein Bericht von Schülern, die begrifflicher Weise nicht genannt werden wollen.

Ein Mittelschüler antwortete auf die Frage, warum er nichts für die Schülerzeitung schreibe: "Ich seh' das Ganze anders; wenn jemand für eine Sache bezahlt, kann man ihn nicht auch noch verpflichten, dafür zu arbeiten."

Politisches Desinteresse

Allgemein ist in den Schulen festzustellen, daß immer weniger Leute für Politik motivierbar (und aktivierbar) sind. Diese stets fallende Tendenz ist schon mit dem Ende des Jahres 69 feststellbar. Nach den "großen" Protesten von Schülern im Jahre 69 begann man mit Reformen, die Empörung der Schüler wurde beschwichtigt. Diese Reformen brachten keineswegs ein auch nur annähernd befriedigendes Ergebnis für Schüler. Der vom Ministerium so viel gelobte § 58 des SchUG (Schulunterrichtsgesetz) gibt den Schülern das *Recht auf Interessensvertretung und Mitgestaltung des Schullebens*. Wie diese in der Praxis ausschauen, möchten wir hier anhand der wichtigsten Rechte kurz dokumentieren:

lich veröffentlichte, vom Institut für Zeitgeschichte verfaßte Untersuchung über Geschichte-Lehrbücher zeigte, daß dort ohnehin politische Bildung vermittelt wird - und zwar handfest reaktionär. P.L. ■

- Der Umfang der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Schüler muß erst im SGA (Schulgemeinschaftsausschuß - 3 Eltern, 3 Schüler, 3 Lehrer-Vertreter unter Vorsitz des Direktors) festgelegt werden.
- Über alle Dinge, die in der Schule vonstatten gehen (vom Verkauf einer Schülerzeitung über ein Pop-Konzert bis zum Aufhängen eines Plakates) hat der Direktor nach wie vor die Aufsicht und kann solche Aktionen jederzeit verbieten (Hausherrnrecht).
- Alle Beschlüsse, die Schülervertreter fällen, sind, sobald sie sich mit Dingen in der Schule beschäftigen Empfehlungen; denn der Direktor hat die Macht, alle Entscheidungen nach seinem Willen ohne Angabe von Gründen zu korrigieren. Ausgewirkt haben sich diese Reformen jetzt derart, daß man den Schülern durch diese Pseudorechte das Gefühl gibt, Politisches Desinteresse beherrscht also einen großen Teil der Schüler, und der kleine, fast verschwindende fortschrittliche Teil vermag eigentlich nicht, ein echtes Klima schulpolitischer Konfrontation zu schaffen. Und außerdem haben viele Schüler keine Lust, erkämpfte Rechte auch in Anspruch zu nehmen, da sie den Schulbetrieb nur als notwendiges Übel zu akzeptieren gelernt haben. D. h. also, daß es immer schwieriger wird eine Aktion konsequent durchzuführen. Beispiele dafür lassen sich genug finden. Wenn sich es eine aktive Schülergruppe zum Ziel setzt, einen Film zu zeigen, gibt es zwei Alternativen: ist es ein Film der von Lehrern und Direktion boykottiert wird, so finden sich bestimmt mehr Schüler die gegen den Boykott protestieren, als sich, wäre der Film erlaubt, Schüler finden ließen, ein Plakat zu malen.



Zeichnung eines 12jährigen Schülers

eigentlich mitbestimmen zu können, und sowieso alle nur erdenklichen Rechte zu besitzen. Das lähmt eine wirkliche Aktivität unheimlich, denn viel zu wenig Leute wissen wirklich, wie es hinter den "demokratischen" Kulissen in der Schule zugeht. Außerdem erzieht man ja durch Jahre hindurch die Schüler zu unselbständigen und unmündigen Menschen, indem man sie gezielt *ausbildet* (Ausbildung ist im Gegensatz zu Bildung, das stupide und unkritische Erlernen, Auswendiglernen von Lehrstoff, ohne ihn zu verstehen).

Schulbehörden:

Es gibt zwei verschiedene Arten von Schulpolitikern. Die ersten sind die klar reaktionären, die versuchen das alte totalitäre Schulsystem beizubehalten, bzw. wiederherzustellen. Und daß diese reaktionären Schulpolitiker keine Einzelfälle sind, zeigt die Praxis. Wir haben hier einen herausgegriffen, der gar nicht sonderlich aufsehenerregend war, der aber trotzdem ohne Übertreibung diese politische Strömung im Ministerium und in den Stadtschulräten darstellt: Die Schülerzeitung Kritik startete im Jänner 1977 ▶

eine umfangreiche Kampagne gegen die Schülermißhandlungen, im Zuge dessen auch Senatsrat Dr. Politzer aus dem Stadtschulrat für Wien zu diesem Thema be-

SCHÜLERGRUPPEN IN ÖSTERREICH

UHS (Union Höherer Schüler):

ÖVP-nahe Schülerorganisation. Größte Schülerorganisation Österreichs. Obmann der wichtigsten Schülervertretung, des Bundes-schülerbeirats (Versammlung aller Landesschulsprecher unter Vorsitz des Ministeriums), ist gleichzeitig der Landesvorsitzende der UHS Oberösterreich. Die Schülerzeitung der UHS heißt *Klartext* und erscheint bundesweit. Die ÖSPA (Österreichische Schüler Presse Agentur) wird jedem Schüler auf Wunsch kostenlos zugesandt und enthält gezielte Manipulationen, erfreut sich aber dennoch größter Beliebtheit.

MKV (Mittelschüler Kartell Verband):

steht "rechts" von der UHS. Weibliche Mitglieder gibt es nicht, weil sie laut Statuten zum Verein keinen Zutritt haben. Der MKV ist eine Schülerorganisation nach dem alten Schlag, man wird je nach Alter und Mitgliedschaftsdauer in das hierarchische System eingegliedert. MKV ist wahrscheinlich die zweitgrößte Schülerorganisation Österreichs, viele Mitglieder des MKV sind gleichzeitig Mitglieder der UHS. Meist wird der MKV als Sprungbrett für eine Karriere benutzt.

SJ (Sozialistische Jugend):

ist die Organisation der SPÖ, verlegt jedoch ihre Aktivitäten mehr auf den Lehrlingssektor. Bemerkenswert ist auch die Herausgabe der Schülerzeitung "Ventil", die sich jedoch was Verbreitung und Leserschaft betrifft, leider mit dem "Klartext" nicht messen kann.

Unabhängige und Fortschrittliche Schülergruppen:

diese Gruppen geben meist auch Schülerzeitungen heraus, sind deshalb regional aktiv und für das gesamtösterreichische Bild wenig maßgebend.

fragt wurde: "Wenn man fragt, was soll der Schüler machen, so soll er sich gar nicht erst so verhalten, daß ihm der Lehrer eine Ohrfeige geben muß ..."

Die zweite Gruppe sind die fortschrittlichen Herren, die Sozialdemokraten. Sie sind es, die eigentlich die Behörden dominieren. Allerdings hört für diese Demokratie dort auf, wo es anfängt um ihre Existenz zu gehen. Oder um ihre Karriere. Und um ihre Karriere fürchten diese Herren aufgrund der Macht der Massenmedien – sie haben Angst vor den Auswirkungen negativer Artikel – die ihre Reformen betreffen, in der Boulevardpresse. So geht man also im Ministerium und in den Schulbehörden den Weg "der Politik der kleinen Schritte".

Lehrer

Bei den Lehrern kann man zwischen drei Gruppen unterscheiden; zwischen den bewußt reaktionären Lehrern, den Lehrern, die gerne Lehrer sind, und denen die fortschrittlich sind.

In der Minderheit sind hier eindeutig die fortschrittlichen Lehrer. Sie haben es auch am schwersten, denn sie müssen sich gegen zwei Gruppen wehren: Gegen die Schulbehörden und gegen ihre Kollegen.

Die vielen "Lehrerfälle" in der letzten Zeit zeigen, wie erfolgreich die Schulbehörden mit einem Teil der Lehrer zusammenarbeiten. Gegen ihre fortschrittlichen Kollegen zu protestieren, fällt vielen Lehrern nicht schwer.

Werden kritische Lehrer nicht mehr von ihren Kollegen akzeptiert, ist das oft das Ende ihrer Tätigkeit.

Die zweite Gruppe ist die der bewußt reaktionären Lehrer. Meist sind das die späteren Direktoren. Sie haben keinen Grund, Angst zu haben und manipulieren ganz offen die Schüler.

Als dritte und stärkste Gruppe gibt es die Lehrer, die gerne Lehrer sind. Sie freuen sich über die Machtposition, die sie in der Klasse haben und sie freuen sich, daß sie endlich herkommandieren können. Sie sind nicht *bewußt* reaktionär. Die Wirkung für Schüler und fortschrittliche Lehrer bleibt aber die gleiche, wie bei reaktionären. Sie unterstützen das Unterdrücken jeder Art

freien Handelns und kritischen Denkens.

Österreichische Schülerzeitungen

Die ersten Schülerzeitungen in Österreich erschienen bereits 1965 und standen von Anfang an auf rechtlich schwachen Beinen. Damals gab es zwei Arten von Zeitschriften, die Schüler gestalteten. Zum ersten die sg. Underground-Schülerzeitungen. Diese wurden in den meisten Fällen heimlich verteilt, ein Bekanntwerden der Mitarbeit war durchgehend mit dem Abschied von der Schule verbunden. Zum zweiten begannen damals auch die "großen" Jugendorganisationen, die Schüler durch speziell gestaltete Zeitungen anzusprechen. Der VSM (Verband sozialistischer Mittelschüler) war damals in den Schulen stark vertreten. Nach dem "68er - Jahr", als die politischen Aktivitäten sozialistischer Gruppen in den Schulen zurückgingen, trat der MKV (Mittelschüler Kartellverband) mit seinem teilweise auch faschistoiden Programm an die Schüler heran. Doch der endgültige Durchbruch gelang dann erst der neo-bürgerlichen Gruppe: UHS (Union Höherer Schüler), die ihr Programm vom konservativen Wortschatz befreite, jedoch im Grundsätzlichen rückschrittlich blieb. Die UHS unterhält heute die wahrscheinlich am weitesten verbreitete Schülerzeitschrift, den *Klartext*, der sich in der Nr. 8/9, März 1978, vor allem mit der Verbindung zwischen VSM, SOAK (Sozial.Aktion) und terroristischen Gruppen wie der RAF beschäftigt.

Von links steht dem nurmehr das "Ventil"; die Zeitschrift der sozialistischen Jugend gegenüber, die ab und zu auch vor Schulen verteilt wird. Daß die UHS und der MKV nicht schon längst alle Zügel der Schulpolitik in der Hand haben, ist größtenteils den noch nicht existenten, regionalen Schülerzeitungen zu verdanken, die unter großen Schwierigkeiten versuchen, ein Gegengewicht zum rechten Einfluß zu schaffen. Dies erkennt man meist daran, daß sie sich als "Unabhängige Schülerzeitung" deklarieren. Täten sie das nicht, könnten sie dem Anti-links-Trend an den Schulen, hervorgerufen durch den übermächtigen Einfluß der UHS, und der häufigen Förderung derartiger Gruppen durch Direktoren und Lehrer, kaum entgegen. Selbst

dann bleiben sie nicht von den Zensurarmen des Direktors oder der Lehrer verschont. Nach einer Umfrage des Wiener Publistikstudenten Herbert Lackner werden 55,3 Prozent aller Schülerzeitungen dem Direktor oder einer von ihm delegierten Person zur Vorzensur vorgelegt.



Deshalb und auch weil sich bisher außer den Zeitungen der politisch deklarierten Gruppen nur die großen unabhängigen Zeitungen wie "Kritik" und "Spektrum" (beide Initiatoren der GGS) vor den Zugriffen des Direktors einigermaßen wehren konnten, haben sich alle österreichischen Schülerzeitungen 1977 zum GGS (Gewerkschaftsgruppe Schülerzeitungen der Sektion Journalisten des ÖGB zusammengeschlossen. Diese Gewerkschaftsgruppe, die mit ihren knapp 300 Mitgliedern die größte Jugendorganisation der Sektion Journalisten darstellt, will nun die Situation der österreichischen Schülerzeitungen verbessern. So fordert sie unter anderem einen Erlaß des BM für Unterricht und Kunst, in dem die Einflußnahme von Direktoren und Lehrern auf innerredaktionelle Belange einer SZ untersagt werden soll. Zur Unterstreichung aller Forderungen der GGS wird im Laufe des Jahres eine Zensurdokumentation erscheinen, die Zensurfälle bei SZen aus ganz Österreich beinhalten soll. Jeder, der gegen Zensur an Österreichs Schulen eintritt, unterstützt mit dem Erwerb dieser Broschüre die Bemühungen der GGS um Presse- und Meinungsfreiheit an Österreichs Schulen. ■

Plädoyer für eine Sicherheitskampagne

arbeitsunfälle

Jeden Arbeitstag verunglücken 800 Österreicher an ihrem Arbeitsplatz, Hausfrauen und "Bagatellfälle" nicht eingerechnet. 25 davon bleiben zumindest teilweise invalid. Jeden Tag sterben zwei Österreicher als "Arbeitnehmer" und einer als Bauer. Jährlich 800 Tote am Arbeitsplatz gegenüber 100 Opfern von sonstigen Gewaltverbrechen. Wer schreit nach ihnen?

Seit Jahrzehnten bleibt diese Zahl unverändert. Trotz Arbeitnehmerschutzgesetz seit 1973. Trotz höheren technischen Aufwandes der diversen Unfallverhütungsdienste.

Trotz gesetzlich verankerter Sicherheitsausschüsse in den größeren Betrieben. Trotz anteilmäßiger Zunahme des weniger gefährdeten Dienstleistungssektors an den Beschäftigtenzahlen.

In dieser Sicherheitsfrage ist es mit den staatlichen Organen - wem wundert's - nicht weit her. In ganz Österreich gibt es 214 Arbeitsinspektoren. Durchschnittlich amtshandelt ein solcher Inspektor täglich in vier Betrieben. Viel sehen kann er da nicht. Sollte er trotzdem Anzeige erstatten, brauchen die Unternehmer nicht einmal mit der Wimper zu zucken. Die durchschnittliche Strafhöhe nach Verwaltungsstrafrecht beträgt 2137 Schilling. Ein Strafmandat. Das Arbeitnehmerschutzgesetz sieht auch für alle Großbetriebe ab 750 Beschäftigten eigene Betriebsärzte zur Überwachung der Arbeitsbedingungen vor. Es gibt derzeit in Österreich 16 hauptberufliche Betriebsärzte. Zählt man noch die 350 hinzu, die nebenberuflich im Betrieb arbeiten, so kommt auf 10 000 Beschäftigte ein Arbeitsmediziner. Wobei Arbeitsmediziner der offizielle Name dafür ist. Denn den Großteil seiner Zeit verbringt der Betriebsarzt mit Sprechstunden. Als Angestellter des Betriebes, also abhängig von der Direktion, und mit Krankenscheinen

direkt vom Lohnbüro. Eine Studie der oberösterreichischen Arbeiterkammer ergab, daß fast zwei Drittel der so titulierten Arbeitsmediziner noch nie eine Betriebsbegehung durchgeführt haben, also die Arbeitsbedingungen nicht einmal kennen. Die Gewerkschaft fordert jetzt die Bezahlung der Betriebsärzte aus einem zentralen Fonds, in dem alle Unternehmer einzuzahlen hätten, um die Abhängigkeit der Ärzte von der Betriebsleitung zu reduzieren. Aber schön leise, weil Lärm ist bekanntlich auch gesundheitsschädigend.

Am häufigsten sind Unfälle in der Bau- und Metallbranche. Dort wird auch am meisten im Akkord oder ähnlichen Prämiensystemen gearbeitet. Ein Arbeitstempo, bei dem man auch noch an seine eigene Sicherheit denken kann, bringt Lohneinbußen. Das weiß auch der Betriebsrat. Gewählt wird er von jenen, die für ihre "Risikofreude" ein paar Schilling mehr einstecken können. Langsam beginnt auch hier ein Umdenken. Risikoprämien sind nicht mehr so begehrt. Jedoch werden dann meist Schutzmaßnahmen getroffen, von denen man sich dann wundert, daß sie nicht befolgt werden. Man stopft den Leuten alle Körperöffnungen zu und beklagt ihren Widerstandsggeist, wenn sie sich aus dieser Zwangslage befreien. Daß man Maschinen auch anders konstruieren kann, daß man Arbeitstempo auch anders bestimmen kann, fällt nur wenigen ein. Daß die Überwachung der gesetzlichen Bestimmungen allein - obwohl dringlichst erforderlich - nicht ausreicht, sondern hier erst die Auseinandersetzungen um bessere Arbeitsbedingungen beginnen müßten, auch nicht.

Eine Sicherheitskampagne wäre fällig!

Kurt Langbein ■

Unsere Sozial- und Arbeitsgesetzgebung ist ja relativ gut. Jedenfalls besser als in vielen anderen Ländern, sowohl im Westen als auch im Osten. Es gibt Interessenvertretungen, die den Arbeitern helfen, ihr Recht im Ernstfall auch durchzusetzen. Trotzdem, es gibt unterprivilegierte Gruppen und eine große Anzahl von Personen, die durch den Rost fallen, für die das soziale Fangnetz sehr löchrig ist. Sei's weil sie aus jugendlicher Unerfahrenheit und Leichtsinns sogenanntes Eigenverschulden trifft oder sei's, daß sie durch persönliche widrige Umstände nicht einmal den Weg dorthin finden, wo ihnen geholfen werden könnte. Daß Unternehmer dies meist schamlos ausnützen, zeigen die folgenden beiden Geschichten:

Rudi K. ist knapp über 18 Jahre, nach dem Schulabgang wurde er Hilfsarbeiter. Finanzielle Hilfe von daheim während der Lehrzeit war nicht zu erwarten, das Schulzeugnis nicht das beste, und die Glitzerwelt des Konsums lockte. In den beiden Firmen, in denen er arbeitete, gab es entweder keinen Betriebsrat oder er hat sich nicht um Rudi gekümmert. Jedenfalls hat er noch nichts mit der Gewerkschaft zu tun gehabt und schon gar keine Ahnung über Kollektivverträge oder Gesetzeskram. Zuletzt arbeitete er als Magazinarbeiter bei einer Einkaufsgenossenschaft der Wiener Apotheken und fällt unter den Kollektivvertrag für Handelsarbeiter. An einem Sonntag im April fühlt er sich nicht wohl. Montag früh geht er statt zur Arbeit zum Arzt. Fieber, Gelenkschmerzen — der Arzt stellt Grippe fest und schreibt ihn krank. Rudi geht nach Hause und legt sich nieder, für Freitag ist er wieder zum Arzt bestellt — für ihn ist der Fall erledigt, die Firma verständigt er nicht. Das war sein großer Fehler. Mittwoch früh erreicht ihn ein eingeschriebener Expreßbrief seiner Firma: Wegen unentschuldigtem Fehlen am Arbeitsplatz fristlos entlassen. Aufgegeben am Dienstag, dem zweiten Tag der Krankheit. Rudi rast in die Firma, entschuldigt sich und zeigt die ärztliche Krankmeldung

vor. Es bleibt dabei: fristlos entlassen, der Betriebsrat hat schon zugestimmt. Und, jetzt kommt der zweite Schlag: Durch das unent-

schuldigte Fernbleiben ist der Anspruch auf den aliquoten Teil vom Urlaubszuschuß und Weihnachtsgeld verwirkt.

Rudi kommt durch Zufall zu mir, ich erkundige mich bei der Rechtsabteilung der Gewerkschaft für Handel, Transport und Verkehr, und muß dort zu meinem Erstaunen und Entsetzen feststellen: der Arbeitgeber ist im Recht, und Rudi hat keine Chance. Laut Kollektiv-



alltägliche

Rat der Gewerkschaft: das Nächstmal gleich anrufen!

Peter B. ist 24 Jahre alt, sprachgestört und ein sogenannter geistig Behinderter. Er hat seit seiner Geburt ausschließlich in Heimen und Anstalten gelebt, seine Eltern

vertrag für Handelsarbeiter ist der Arbeiter verpflichtet, seinen Chef "unverzüglich" (in der Rechtsprechung heißt das noch am gleichen Tag) von einer Verhinderung zu verständigen. Außer es sei ihm nicht zuzumuten. Wenn er aber zum Arzt gehen konnte, dann hätte er auch in der Firma anrufen können. Da er das nicht tat, wird sein Fernbleiben als vorzeitiger Austritt gewertet bzw. ist Grund für eine Entlassung. In beiden Fällen erlöschen laut Kollektivvertrag alle Ansprüche.

sind nicht bekannt, er ist teilweise entmündigt und das Vormundschaftsgericht hat einen pensionierten Bankdirektor zum Vormund bestellt. Dieser Mann ist für Peter praktisch unerreichbar und rührt sich von selbst nicht. Vor einem Jahr haben Sozialarbeiter in Eigeninitiative Peter aus einer psychiatrischen Klinik herausgeholt und sich privat mit viel Geduld und Einfühlungsvermögen um ihn gekümmert. Der Erfolg ist allgemein und über Erwartungen groß. Peter kann sich artikulier-

Folgende Vereinbarungen sind wörtlich aus Lehrverträgen entnommen:

"Nach Arbeitsschluß ist unverzüglich die elterliche Wohnung aufzusuchen. Das Ansehen des Lehrbetriebes und dessen Mitarbeiter ist stets zu wahren durch freundliches Auftreten, Höflichkeit, Reinlichkeit, ordentliche Kleider, Haartracht nach Art des österreichischen Bundesheeres. Über sämtliche Vorkommnisse im Betrieb oder am Arbeitsplatz ist Betriebsfremden gegenüber Stillschweigen zu bewahren. Anliegen jeder Art können jederzeit mit dem Lehrherrn besprochen werden."

"Bei mehr als 18 fehlenden Arbeitstagen verlängert sich die Lehrzeit um die entfallenen Tage"

"Die Kosten der Berufsschule trägt der Vater samt Nebenspesen"
(Nach den gesetzlichen Bestimmungen müßte der "Lehrherr" die Hälfte der Kosten tragen)

"Bis zum Ablauf der Probezeit muß der Lehrling an Werkzeug mindestens besitzen: Stemmeisen, Hammer, Zimmermannshacke, Stoßaxt, Bundhacke, Zugsäge, Spannsäge und Absetzsäge, Schlichthobel, Simshobel, Bohrer, Bohrwinde, Reifmesser, Zimmermannswinkel, Senkblei, Wasserwaage, Beißzange, Feilen, Maßstab, Zimmermannsbleistift, Schnürzeug, Nageltasche, Bundklammern, Zimmerkraxn oder Korb für Auswärtsbaustelle und Werkzeugtragerl für die Werkstätte."

Zum Erreichen des Arbeitsplatzes ist ein Fahrzeug vom Fahrrad aufwärts erforderlich.

Ein Ausscheiden Ihres Bruders aus dem Betrieb würde auch die Lösung dieses Lehrvertrages mit sich bringen."

Ein Unternehmen, das wegen Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen für Lehrlinge angeklagt wurde, entließ diese Lehrlinge kurzerhand und stellte sie wieder als Hilfsarbeiter ein.

ren, stottert nur mehr wenig - meist unter Druck oder Angst, kümmert sich um seine Angelegenheiten, kann für sich sorgen und arbeitet seit einigen Wochen. Lauter Dinge, die noch vor wenigen Monaten, laut Meinung der Anstaltsärzte, vollkommen ausgeschlossen waren. Soweit so gut, doch was passiert in den Betrieben? Daß er nur einfache, schwere und schmutzige Hilfsarbeiten bekommt, ist verständlich, er

hat ja nichts gelernt; daß er bei seinen Kollegen wenig Verständnis findet, ist auch einsichtig, wo diese doch kaum mit den eigenen Problemen fertig werden und nie gelernt haben, kollektiv und solidarisch zu handeln. Der echte Skandal liegt aber darin, daß es Unternehmer oder Vorgesetzte gibt, die Peters Hilflosigkeit ausnützen und ihn (anders kann man es nicht nennen) betrügen. ▶

Zehn Tage hat er bei einer Stahlgußfirma in Niederösterreich gearbeitet, dann flog er raus. Er weiß nicht warum, und nach einem langem Gespräch bin ich überzeugt, daß man es ihm nicht mitgeteilt hat. Am zweiten oder dritten Tag bekam er S 250,- Vorschuß, am Ende der Woche noch einmal S 600,- und bei der Abrechnung nach dem Rauschmiß S 177,-, das sind 1.027,- Schilling für zehnmal 8 Stunden Arbeit. Laut Eintragung im Beilageblatt zur Lohnsteuerkarte hatte er einen Bruttobezug von etwas über S 2.700,-. Auf Peters Lohnstreifen scheint eine a conto Zahlung von S 900,- auf, die er aber (laut Bekannten, die ihn gut kennen, gibt es keinen Grund, ihm nicht zu glauben) nie erhalten hat. Allerdings hat er auf Aufforderungen von Vorgesetzten

geschichten

Letzte Meldung: Reifenwickler bei Semperit im unbefristeten Streik

Die Reifenwickler der *Semperit* in Traiskirchen sind am 17.4.78 in einen unbefristeten Ausstand getreten, um ihrer Forderung nach Anerkennung als qualifizierte Arbeiter Nachdruck zu verleihen. *'Der Streik ist kein Zufall und kein spontaner Akt, sondern Ausdruck einjähriger Verhandlungen der Vertreter der Belegschaft mit der Geschäftsleitung. Die Geschäftsleitung lehnt die Anerkennung der Arbeiter in der Reifenwicklung als qualifizierte Arbeiter ab. Sie erklären das damit, daß die Kollegen in dieser Abteilung eben keinen Platz in der Lohnskala der Semperit haben. Deshalb haben die Kollegen auch einen unbefristeten Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen beschlossen'*, so Betriebsrat Kastner zu *offensiv links*.

Betroffen sind etwa 470 Kollegen. In einer Urabstimmung der Betroffenen stimmten von 427 anwesenden Kollegen 401 für den Streik, lediglich 20 Kollegen stimmten dagegen.

Nach Auffassung von Betriebsrat Kastner hat der Arbeitskonflikt bei *Semperit* Traiskirchen lediglich lokale Bedeutung und steht in keinem Zusammenhang mit der von der (verstaatlichten) *Creditanstalt-Bankverein* initiierten gemeinsamen Holding zwischen der österreichischen *Semperit* und der französischen *Michelin*.

Bekanntlich war es durch diese 'Kooperation' der *Michelin* möglich geworden, trotz einem Minderheitsanteil von nur knapp mehr als 20% de facto die Kontrolle über *Semperit* zu übernehmen. Sitz dieser Holding ist bezeichnenderweise in der Schweiz.

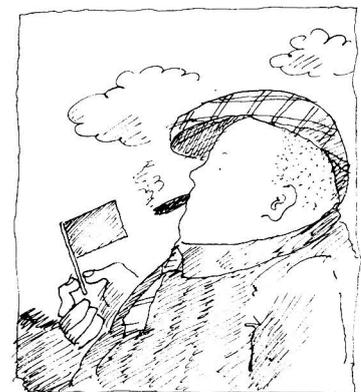
Sogar nach dem bürgerlichen Wirtschaftsmagazin *trend* war die Gründung dieser Holding in jeder Beziehung für Österreich nachteilig. Insbesondere auf dem Reifensektor sicherte sich die *Michelin* dadurch ihren Qualitätsvorsprung gegenüber dem österreichischen Produkt. Erhöhte Rentabilität der *Semperit* soll deshalb durch verstärkten Druck auf die Belegschaft erreicht werden.

Weiterungen des - von der Sektion Chemiarbeiter des ÖGB unterstützten - Streiks sind zu erwarten. Während die betroffenen Kollegen (im Werk Traiskirchen sind es etwa 10% der dortigen Belegschaft, 470 von etwa 4.500 Beschäftigten) mit Nachdruck darauf hinweisen, daß sie solange weiterkämpfen werden, bis ihre Forderungen erfüllt sind, hat die Unternehmensleitung mit der Aussperrung aller mit der Reifenproduktion befaßten Kollegen gedroht, falls der Streik der Reifenwickler nicht abgebrochen wird. Dies sind im Werk Traiskirchen etwa 50% der Belegschaft.

Bei Redaktionsschluß war die weitere Entwicklung noch nicht abzuschätzen.

18.4.1978

R.P. ■



Hoch der 1. Mai!

mehrmals irgendwelche Zettel unterschrieben, von denen er nicht weiß, was darauf stand. Als ihm dann der Mann, der ihm die Abrechnung überreichte, noch S 100,- (von den S 177,-) aus der Hand nahm, mit dem Hinweis, daß Peter noch was zu bezahlen hatte, und Peter eine Bestätigung verlangte, wurde er unter Arschtrittandrohung aus der Firma gedrängt. Als er nach dem Betriebsrat fragte, wurde ihm gesagt, daß es keinen gebe. Aus seinem Lohnstreifen geht hervor, daß ihm S 8,25 Betriebsratsumlage abgezogen wurden.

Hier ist wohl jeder Kommentar überflüssig. Außer vielleicht, daß wir der Sache nachgehen werden und uns um eine neue Arbeit für Peter bemühen. In der neuen Firma werden wir sicherheitshalber vorsprechen, bevor etwas passiert, damit der Chef sieht, daß Peter nicht so allein und hilflos ist, wie er vielleicht glaubt.

Herbert Brunner ■





Neues

Wohnen in alten Häusern

In der Berichterstattung der Zeitungen zum Thema Wohnen stehen meist spektakuläre Auswüchse des Wohnungsneubaus bezüglich Bauhöhe, Bauform und Kosten im Vordergrund. Was dagegen kaum erwähnt wird, ist, daß noch immer mehr als die Hälfte aller Wohnungen in Wien aus der Zeit vor 1919 stammen. Für ein Drittel aller Arbeiter und ein Drittel aller Rentner und Pensionisten bedeutet "Wohnen in Wien" noch immer den täglichen Gang zum Klo auf dem Gang, das mit einer oder sogar mehreren Parteien geteilt werden muß, und es bedeutet für viele sogar noch das Herumschleppen des Wassers in Kannen und Kübeln.

Nur für einen geringen Teil dieser Leute besteht die Aussicht, sich in absehbarer Zeit eine Neubauwohnung leisten zu können. Bei der derzeitigen und in den nächsten Jahren erwarteten Neubautätigkeit von etwa 6 000 Wohnungen pro Jahr würde es außerdem Jahre dauern, um die Substandardwohnungen durch Neubauten zu ersetzen. Eine Verbesserung der Wohnungssituation für den Großteil der in schlecht ausgestatteten Wohnungen lebenden Menschen wird also in absehbarer Zeit nur durch eine Verbesserung ihrer Altwohnungen möglich sein.

Doch wie macht man das? Konservative sind hier um eine Antwort nicht verlegen: Der Mieterschutz, dieser Anachronismus, ist schuld am schlechten Zustand der Wohnungen, nur wenn man ihn aufhebt, erhält der Hauseigentümer die entsprechenden Mittel für Verbesserungen und dazu auch einen ganz kleinen Anreiz, diese durchführen zu lassen. 1967 wurden dann auch von der damaligen ÖVP-

Regierung für Neuvermietungen die Preisbestimmungen des Mieterschutzes aufgehoben. Die Mieten stiegen darauf zwar auf ein Vielfaches ihres vorherigen Betrages, doch zogen es die Hauseigentümer vor, die ihnen so lange vorenthaltenen Gewinne erst einmal zu genießen. 1974 wurde dann durch eine Begrenzung der Mieten für Substandardwohnungen auf 4 Schilling/qm plus Betriebs- und Renovierungskosten der Ausbeutung zumindest dieser Gruppe von Mietern Grenzen gesetzt. Gleichzeitig wurde damit wirklich ein Anreiz zur Verbesserung von Substandardwohnungen geschaffen, denn ist einmal ein WC in der Wohnung installiert, so kann der Mietzins "frei" vereinbart werden.

Der Mieter einer Substandardwohnung aber muß froh und glücklich über die schlechte Ausstattung seiner Wohnung sein, denn nur der Umstand, daß er kein WC in der Wohnung hat, schützt ihn vor unverschämten Forderungen der

Hauseigentümer, die derzeit für Wohnungen, die den Luxus eines eigenen WCs aufweisen, üblicherweise bei 15 bis 25 Schilling/qm zuzüglich Betriebs- und Renovierungskosten liegen.

Aber solange sich der Mieter die Einstufung seiner Wohnung als Substandardwohnung erhält, d.h., solange das WC außerhalb der Wohnung liegt, kann er ruhig Verbesserungen vornehmen, ohne sich dadurch zu schaden.

Und auch die Installation von Wasserleitungen würde schon vielen, vor allem alten Menschen, das Leben erleichtern; trotzdem wird nur ein geringer Teil der Wohnungsverbesserungskredite dafür verwendet (etwa 5 %). Für viele scheitert eine Wohnungsverbesserung bereits am komplizierten Verfahren zur Erlangung eines Wohnungsverbesserungskredites. Dezentrale Informations- und Einreichstellen in den Bezirken würde für viele in ihrem ganzen Denken und Handeln auf den Bezirk konzentrierte Menschen das Verfahren wesentlich erleichtern. Eine Betreuung durch Sozialarbeiter zur Information und bei der Einreichung, Aufräumhilfen und evtl. Ausweichwohnungen für die Zeit des Umbaus könnten älteren und kranken Menschen die Angst vor den Umbauarbeiten nehmen.

Die Altbauten den Wohnbedürf-

nissen der in ihnen lebenden Menschen anzupassen, muß aber nicht unbedingt bedeuten, den Altbauwohnungen unbedingt Merkmale einer Neubauwohnung zu verpassen, bei denen allzu oft Ideenlosigkeit und Kommunikationsnotstand beklagt werden.

Anknüpfen an alte Traditionen

Der Gemeindewohnungsbau der Zwischenkriegszeit zeichnete sich durch eine große Experimentierfreudigkeit und die Suche nach neuen und solidarischeren Wohnformen aus. Blockbebauung um einen gemeinsamen Innenhof, Gemeinschaftseinrichtungen wie Spielzimmer für Kinder und Erwachsene, Bibliotheken, Wäschereien, das Einküchenhaus und anderes mehr, waren Ausdruck dieser Suche nach neuen Wohnformen, die 1934 ein gewaltsames Ende fanden. Besonders bedroht sah man die Institution der Familie durch das Einküchenhaus, dessen Gemeinschaftsküche kurzerhand geschlossen wurde.

Die Traditionen der Zwischenkriegszeit wurden nach 1945 kaum fortgesetzt; die anfangs noch verwendete Blockbebauung wurde bald durch andere Bauformen abgelöst (Hochhaus, Zeilenbebauung, Grünflächen, die kaum noch zum Verweilen einladen).

Dafür wurde auf konservativer Seite die Eigentumswohnung erfunden, die nach dem Einfamilienhaus als zweithöchster Gipfel privaten Wohnbehagens gepriesen wird. Die Eigentumswohnung ist Ausdruck jener Befriedungsstrategie, die die Arbeiterschaft an Familien und Immobilien binden soll. In einem nach dem Grundsatz "sei deines nächsten Feind" organisierten Gesellschaftssystem soll die Familie als Insel inmitten einer feindlichen Umwelt das Bedürfnis nach sozialer Geborgenheit ersetzen, soll Eigentum – und sei es auch noch so klein – die Illusion von Sicherheit verleihen. Von sozialistischer Seite wurden diesen konservativen Idealen kaum eigene Utopien entgegengestellt. Auf der Suche nach solchen würde der Althausbestand ein breites Experimentierfeld darstellen. Alt-

bauten zeichnen sich gegenüber Neubauten durch einen wesentlich engeren Kontakt aus, der oft durch die auf den gemeinsamen Gang führende Küche gar nicht zu umgehen ist. Die geringen Wohnungsgrößen könnten durch den Einbau von Gemeinschaftseinrichtungen, etwa Fernsehräumen, Spielzimmern, ... ausgeglichen werden. Organisiert könnte diese Umgestaltung der Häuser durch Bewohnergenossenschaften werden, deren Größe sich allerdings auf ein oder mehrere Häuser, maximal auf einen Baublock beschränken sollte, um bürokratische "Weiterentwicklungen" derartiger Selbsthilfeorganisationen zu vermeiden. Auf diese Art könnten Traditionen des Gemeindewohnungsbaus der Zwischenkriegszeit nicht nur wieder aufgenommen, sondern auch weiterentwickelt werden, indem den Bewohnern das Verfügungsrecht über die von ihnen bewohnten Gebäude erhalten. "Es ist natürlich nicht denkbar, daß eine große Gemeinde alle Miethäuser im Stadtgebiet von einer Stelle aus verwaltet. Es wird daher notwendig sein, die Miethäuser durch die Mieter selbst verwalten zu lassen" (Otto Bauer, "Der Weg zum Sozialismus", 1919)

Wolfgang Veit ■



Unbekannte Täter gaben in Wien-Favoriten den ÖVP-Plakaten einen neuen Sinn.

neu mobilisieren

Es ist auffällig, daß sehr viele AKW-Gegner relativ abgehoben von der Bewegung sprechen und kaum sagen: "Wir sollten das und jenes machen", oder "mit uns schaut es so oder so aus".

Wie kam es zu dieser Entwicklung und was können wir dagegen unternehmen?

Die AKW-Gegner konnten sich im vergangenen Jahr durch ihr 'Mitgestalten' der Regierungsveranstaltungen profilieren und sammeln und immer mehr Menschen mobilisieren, was dazu führte, daß viele lokale Gruppen entstanden. Der starke Widerstand der Waldviertler Bevölkerung und die Zwentendorfer Demonstration waren der Höhepunkt der Bewegung. In der darauffolgenden Zeit stagnierte die Bewegung jedoch; das zeigte sich unter anderem an einer gleichbleibenden und dann sogar sinkenden Teilnehmerzahl bei vergleichbaren Demonstrationen. Bei der letzten Demonstration am 9.4. in Wien gingen 4 000 bis 4 500 Menschen 'mit'. Viele AKW-Gegner, die sich mit der Vorbereitung und Gestaltung der Demonstration nicht mehr identifizieren konnten, blieben jedoch zuhause.

Auch die Anti-AKW-BfS-Aktivisten waren gegenüber der Demonstration sehr skeptisch und beteiligten sich nicht an der Vorbereitung und riefen auch nicht ausdrücklich dazu auf. In diesem Zusammenhang wollen wir lobend die Kaderdisziplin der GE- und BfS-Genossen und -Genossinnen hervorheben, wenn es darum geht, "etwas net amol zu ignorieren".

Die Unzufriedenheit mit der rigi-▶

den Demonstrationsleitung (ein Heer von Ordnern versuchte den "reibungslosen Ablauf" der Demo zu sichern) entlud sich dann auch bei der Demonstration in einer spontanen Aktion, bei der einige Demonstranten, die nicht nur den Tiraden von der Hauptbühne lauschen wollten, singend um ein brennendes AKW tanzten. Das Einschreiten der Ordner, die auch vor einem physischen Vorgehen gegen Demonstranten nicht zurückschrecken, gehört zu den eher traurigen Kapiteln unserer Bewegung. Die Ideologie des KB, der die Organisation der IÖAG (Initiative österreichischer Atomkraftgegner) dominiert, ist bekannterweise durch avantgardistische Volksvertretungsansprüche geprägt, die in einer lähmend beherrschenden Weise hinausposaunt werden. Das Ordnerverhalten legt auch den Verdacht nahe, daß der KB versucht, die breite

Entwurf für ein
Volksabstimmungsformular:

Würden Sie 7 Milliarden Schilling einfach zum Fenster rauswerfen?

Wenn ja: Wenn nein:

Vorname: Was würden Sie mit

Zuname: Leuten machen, die

Adresse: Ihre 7 Milliarden
Schilling zum Fenster
rauswerfen?

Volksbewegung durch eine straff organisierte Elitetruppe zu "vertreten", die imstande ist, eine Demonstration zu irgendeiner intern ausdiskutierten Aktion zu "bewegen" (z. B. das Durchbrechen der Bannmeile vor dem Parlament). Dies führte mit der Zeit dazu, daß viele AKW-Gegner es vorzogen, den IÖAG-Gremien fernzubleiben, um dann verblüfft festzustellen, daß sich diese Politik immer mehr breitmacht. Und damit wären wir bereits beim entscheidenden Punkt. Wenn wir der Meinung sind, daß das AKW verhindert gehört, und wir heute kaum Alternativen zur Organisationskraft des KB besitzen, dann sollten wir trotz aller berechtigten Bedenken die konkreten Möglichkeiten der Mitarbeit bei der Bewegung nützen und wegen aller berechtigten Bedenken die zum Großteil fade und unerfreu-

liche Organisationsarbeit mitübernehmen. Andernfalls wird der KB eben immer wieder Situationen schaffen, in denen uns nichts übrig bleibt, als uns - mit Bauchweh - zu solidarisieren.

Nicht zuletzt durch die inneren Schwierigkeiten hat die Anti-AKW-Bewegung in letzter Zeit nicht so wirksam auf aktuelle Ereignisse reagieren können. Waren die Reaktionen auf die Brennstablieferungen und die geplante Müllagerung in Alberndorf noch sehr gut organisiert, so zeigten sich in letzter Zeit doch Ermüdungserscheinungen. (Eine Aktivistin: "50 % unserer Energie verwenden wir zum Kampf gegen AKW, 50 % gehen bei inneren Streitern drauf").

Dabei gibt es genug zu tun: Aktionen im Zusammenhang mit dem Katastrophenplan, Aufzeigen der total ungelösten Entsorgungskette, Aktivitäten gegen das zweite AKW St. Pantaleon, dessen Planung nicht eingestellt wurde, phantasievollere dezentrale Öffentlichkeitsarbeit. Kontakte zur Mitarbeit (damit das alles nicht so gesagt worden ist):

Gewerkschafter gegen AKW's:

Walter Lauber 65 43 15/311

Gruppe Wienerberg:

Susi Anderle 57 78 363

Gruppe AKW ade:

Ulli 57 70 095

Mütter gegen Atomkraftwerke:

Elisabeth Schwarz,

Volksabstimmung

Die folgenden Gedanken zur Forderung einer Volksabstimmung zur Inbetriebnahme von Zwentendorf sind eine Diskussionsanregung: Das "Nein" zu Zwentendorf hat sich bisher u. a. in drei großen Demonstrationen Luft gemacht. Die parlamentarische Entscheidung wurde zwar verzögert, das wird sich aber sicher nicht mehr lange hinziehen lassen. Dieses Hinauszögern ist nicht nur ein Erfolg von uns, sondern auch ein Mittel der Einschläferungstaktik der Regierung, was sich an den sinkenden Demoteilnehmerzahlen ausdrückt. Momentan sind wir in der Defensive. Die Forderung nach einer Volksabstimmung ist vielleicht

die gegenwärtig zielführendste Lösung, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Auf die parlamentarische Entscheidung können wir bestimmt keinen Einfluß mehr nehmen. Die ÖVP und SPÖ haben sich nunmehr endgültig festgelegt. In einer solchen Situation geraten wir in Gefahr, in die sinnlose Gegenüberstellung zu verfallen, wer denn die wahren Volksvertreter seien: Die vier- bis sechstausend Demonstranten oder die Abgeordneten?

Eine Volksabstimmung würde uns ersparen, einem primitiven Antiparlamentarismus zu erliegen und könnte andererseits auf positive Weise die zahllosen in der Anti-AKW-Frage kritischen aber passiven Menschen zu einer aktiven Stellungnahme veranlassen, da anzunehmen ist, daß wir uns in den Massenmedien bei dem gegebenen Meinungsstand Gehör verschaffen werden können.

Gesetzt den Fall, die Volksabstimmung fällt für uns negativ aus, - die Gegenseite besitzt weit mehr Propagandamöglichkeiten - so schafft sie dennoch unserer Kritik eine größere Öffentlichkeit als bisher und verschiebt die Entscheidung um weitere Monate.

In Landesteilen der Schweiz und der USA gab es zu AKW's Volksabstimmungen, sie endeten alle mit knappen Ergebnissen, ob für oder gegen AKW's. Sie waren aber überall nicht der Endpunkt der Diskussion, sondern der Anlaß zu einem öffentlichen Disput, der bei vielen Menschen Engagement auslöste.

Die Bedenken gegen eine Volksabstimmung, die vor allem von linken Gewerkschaftern geäußert wurden, - Verschärfung der Frontstellung von Bauern und Kleinbürgern einerseits und Arbeitern und Angestellten andererseits, die sich am stärksten durch ÖGB und SPÖ vertreten fühlen - sind nicht unbegründet. Die Volksabstimmung würde aber durch die damit verbundene verstärkte Öffentlichkeitsarbeit die Möglichkeit bieten, eben diese Spaltung zu überwinden, die ja nicht zuletzt auf die Politik des ÖGB zurückzuführen ist.

K.W./H.St. ■



Sei jung und schweige



Anfang eines langen Kampfes



Bourgeois, du hast nichts verstanden

Pariser Mai 68

AUS EINEM INTERVIEW MIT
JEAN-PAUL SARTRE

Es hat in der Maikrise etwas sehr Neues gegeben: die Bewegung ist nicht, wie es in der Vergangenheit sonst immer der Fall war, aus einer schweren wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Krise entstanden, sondern aus einem tiefergehenden Verlangen "libertärer" Art, auf die sich die materiellen Forderungen erst später aufgefropft haben.

Jean-Paul Sartre:

Auf den alten Motor der Revolution, welcher das nackte Bedürfnis war, ist in der Tat eine neue Forderung gefolgt, die der Freiheit. Es hat eine Zeit gegeben, wo das vorrangige Problem die kollektive Aneignung der Produktionsmittel war, weil das Eigentum am Betrieb und die Betriebsführung verschmolzen waren. Das ist die Periode von der Entstehung kapitalistischer Familienbetriebe bis zum Erscheinen der Aktiengesellschaften und Monopole. Zu diesem Zeitpunkt sind die großen sozialisti-

schen Lehren entwickelt worden. Sie beruhten alle auf der Notwendigkeit, daß man Eigentum haben mußte, um verfügen zu können.

Heute hat sich die Mittelklasse insoweit verändert, als sie tatsächlich verfügen kann, ohne zu besitzen. Das bedeutet die Herrschaft der Technokratie: die Eigentümer delegieren – unter der Bedingung, daß sie selbst die Dividenden einkassieren – die Verwaltungsaufgaben der Unternehmen an Spezialisten, an kompetente Kader. Die Grundforderung hat im gleichen Zug ihren Charakter geändert: nicht mehr die Eigentumsfrage steht an erster Stelle – man wird auf sie zurückkommen, selbstverständlich, denn sie bleibt grundlegend – sondern die Frage der Macht. In der Konsumgesellschaft verlangt man nicht mehr an erster Stelle zu besitzen, sondern an den Entscheidungen und Kontrollfunktionen teilzunehmen.

Allen jenen, die die Studenten beschimpft haben, werfe ich vor, nicht gesehen zu haben, daß sie ein neues Verlangen ausdrücken: das der Selbstbestimmung. In der Demo-

kratie müssen alle Menschen souverän sein, d. h. sie müssen entscheiden können, was sie tun, nicht allein, jeder in seiner Ecke, sondern zusammen. In den westlichen Ländern existiert diese Souveränität nur auf dem Papier: alle Amerikaner, einschließlich der Schwarzen, sind souverän, weil sie das Wahlrecht haben. Aber in der Wirklichkeit wird sie verweigert: und aus eben diesem Grunde taucht die Forderung nach einer "Macht" auf: Schwarze Macht, Studentenmacht, Arbeitermacht.

Ebenso steht es in vielen sozialistischen Ländern, wo die Individuen weiterhin den Notwendigkeiten der Produktion unterworfen sind. Ich erinnere mich eines Propagandaplakats, das man 1956, nach Gomulkas Rückkehr an die Macht, überall in Polen sah und das verkündete: "Tuberkulose bremst die Produktion!" Das war von gutem Willen getragen, denn es sollte sagen: "Seht euch vor!" Aber die Formulierung war eine Enthüllung. Es war allein die Rede von einem Objekt – der Tuberkulose – und der Produktion von Ob-

+ information + zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitgesch

jekten. Der Tuberkulosekranke und der Produzent zwischen beiden existierten nicht mehr. Genau gegen diese Enthumanisierung revoltieren die jungen Arbeiter aus Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Frankreich, Deutschland – die in durchaus verschiedenen Herrschaftssystemen leben. Sie wollen ihre Existenz nicht mehr aus dem Objekt ableiten, welches sie produzieren, oder der Funktion, die sie ausfüllen, sondern sie wollen selbst entscheiden, was sie produzieren und welcher Gebrauch davon gemacht wird, welche Rolle sie in der Gesellschaft spielen.

Es waren die Studenten, die dies zum ersten Male gefühlt und formuliert haben, aber sie haben, trotz allem, genügend Kontakte zu jungen Arbeitern, damit diese sich sagen: "Warum nicht wir auch? Wenn diese Leute da den Lebensstil ablehnen, den man ihnen vormacht, warum lehnen wir unsern nicht auch ab?" Ich habe das sehr starke Gefühl, daß die Ablehnung der proletarischen Lebensbedingungen seitens der Jugend die wichtigste Neuigkeit unter allem gewesen ist, was sich im Mai ereignet hat. ■

sen, am 29. März einen Tag der politischen Diskussion in der Universität Nanterre abzuhalten. Der Rektor der Fakultät schloß daraufhin die Universität für zwei Tage.

Nun kommt es zu großen Auseinandersetzungen zwischen den Studenten der Bewegung des 22. März und den faschistischen Studenten der Gruppe "Occident".

Am 2. und 3. Mai sollen Kampftage gegen den Imperialismus in Nanterre abgehalten werden. Der Rektor schließt am 2. Mai erneut die Fakultät von Nanterre. Am 3. Mai erklären sich die Studenten der Sorbonne

DIE ROTE NACHT DES QUARTIER LATIN

Seit Monaten sind die französischen Studenten in Bewegung gegen die Einflüsse der Gaullistischen Regierung, durch eine Vorselektion den Andrang an die Universitäten zu mildern und weiterhin den Zustand zu behalten, in dem es sowohl an Professoren als auch an Hörsälen und Laboratorien mangelt, da die Kredite für den Unterricht durch die übermäßigen Militärausgaben (französische Atombombe) geschmälert worden waren. Im Verlauf dieser Aktionen gab es mehrere Studentestreiks, wie z. B. jenen des 20. November in Nanterre, an dem sich 10.000 Studenten beteiligten: der bisher größte Streik der Studenten in Frankreich. Am 13. Dezember

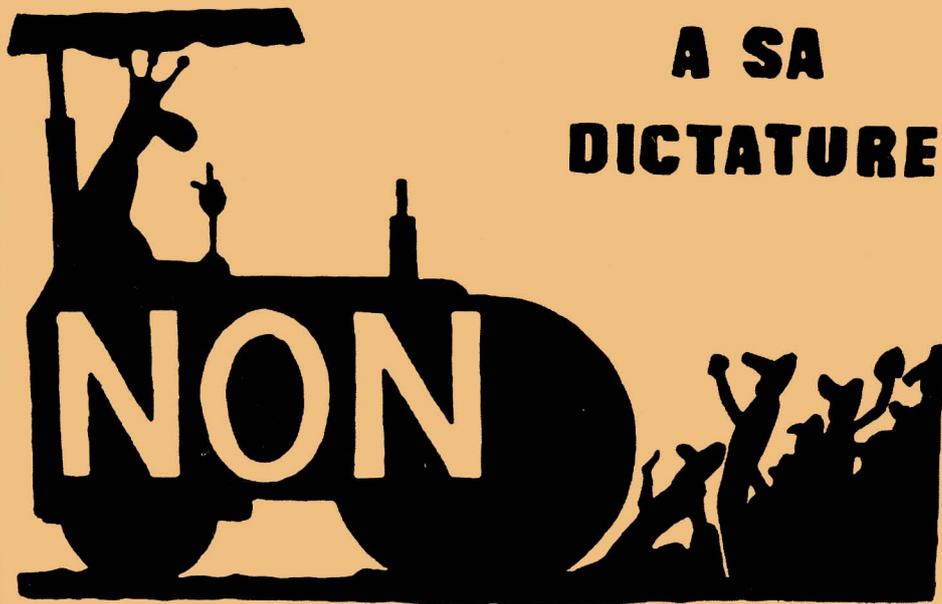
fand ein Kampftag der Studenten in ganz Frankreich statt, an dem gleichzeitig sechs Gymnasien in den Streik traten. Am 21. Februar sah Paris eine erste Großdemonstration der Studenten und Schüler, die das Quartier Latin in "Viertel des heroischen Vietnam" umbenannten. Darauf folgte eine Reihe von Nachspielen, u. a. die Verhaftung mehrerer Studentenfürher des Comité Vietnam National. Am 22. März fand eine große Demonstration gegen diese Verhaftungen in Nanterre statt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Bewegung des 22. März gegründet. Die Studenten besetzten das Fakultätsgebäude und nahmen den Sender der Fakultät in ihre Hände. Sie beschlos-



und mehrerer Gymnasien solidarisch mit den Studenten von Nanterre und vor allem mit den sieben Studenten der Bewegung des 22. März, gegen die der Rektor Disziplinarverfahren eingeleitet hatte. Am Nachmittag desselben Tages findet eine Demonstration von mehreren tausend Studenten und Schülern statt, die auf scharfe Repression der Polizei stößt. Die ersten Straßenkämpfe beginnen. Die Polizei dringt in die Sorbonne ein.

Am 6. Mai Großdemonstration der Studenten in Paris. Die Sorbonne wird geschlossen und mit dichten Polizeikordons und gepanzerten Wagen umstellt.

Am 9. Mai finden überall im Quartier Latin Teach-ins auf den Straßen statt. Es wird beschlossen, am folgenden Tag eine Großdemonstration abzuhalten.



A SA DICTATURE

Am gleichen Abend hält die JCR eine Großveranstaltung mit 6000 Studenten in der Mutualité, zu der die Genossen Semmler und Rabehl des Berliner SDS eingeladen worden waren. Bei der Nachricht, daß sie am Pariser Flughafen zurückgeschickt worden waren, bricht ein wahrer Tumult unter den Studenten los.

Am 10. Mai um 18.30 Uhr versammeln sich 35.000 Studenten und Schüler auf der Place Denfert Rochereau.

Die Barrikadennacht im Quartier Latin mit Tränengas- und Chlor-Einsatz der Polizei-Sondereinsatzkom-

TRAVAILLER MAINTENANT



**C EST
TRAVAILLER
AVEC UN PISTOLET
DANS LE DOS**

Heute arbeiten heißt mit einer Pistole im Rücken arbeiten

mandos (CRS) fordert 400 zum Teil Schwerverletzte.

Der Polizeipräfekt gab am 11. Mai morgens bekannt, daß es sich keinesfalls mehr nur um eine Studentenrevolte gehandelt habe: "Die Studenten verhielten sich wie die Guerillas." ■

VIER HEISSE WOCHEN

13. Mai. Die roten Fahnen wehen auf der Sorbonne und auf der Place de la République.

"Mit euch auf die Straßen": Der politische Generalstreik, den alle großen Gewerkschaften Frankreichs zur Unterstützung der Studenten ausgerufen haben, hat am Montag das Wirtschaftsleben des Landes lahmgelegt.

Studenten und Arbeiter demonstrieren, ihre Aktionseinheit gegen das Regime verdrängt die Sympathiegebungen für die Regierung.

Die Krise an den Universitäten erreicht ein neues Stadium: In Paris und Nanterre besetzen Studenten und Professoren die Universitäten und verlangen die Autonomie, also die Abschaffung der staatlichen Aufsicht.

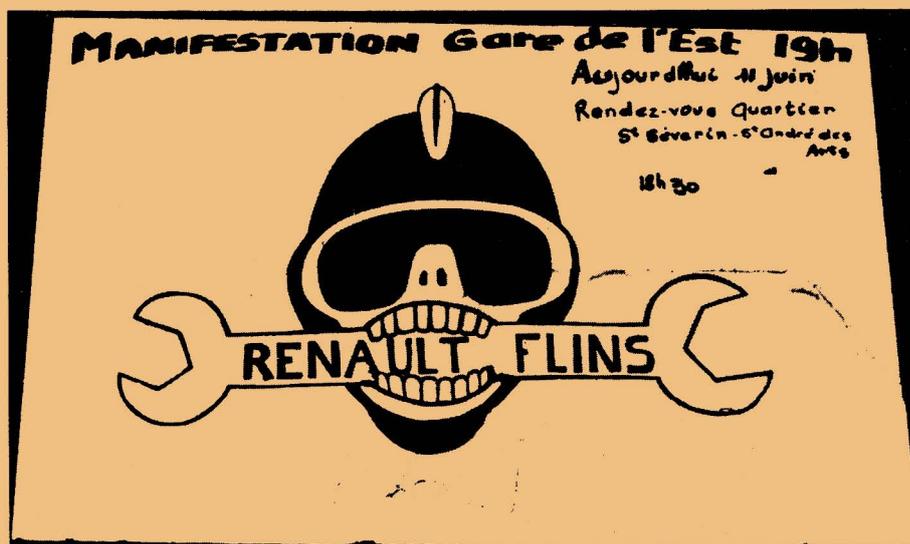
"Volksuniversität" bedeutet, daß in Zukunft alle Bevölkerungsschichten die gleiche Chance für ein Universitätsstudium haben sollten.

Am 15. Mai breitete sich die Krise über das ganze Land aus. Der Lehrbe-

die sexuelle Befreiung; die Weltrevolution.

In den Betrieben gehen die Arbeiter dazu über, ohne gewerkschaftliche Direktiven die Arbeitsplätze zu besetzen und die roten Fahnen zu hissen.

18. Mai. Die Zahl der streikenden Arbeiter erhöht sich auf 500.000. Schwerpunkte ihrer Forderungen sind: Sicherung des Arbeitsplatzes, voller Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen, mehr Freiheit für innerbetriebliche gewerkschaftliche Aktivität und die Annullierung der erlassenen Sozialverordnungen.



trieb an allen Hochschulen bricht zusammen; die Prüfungen werden boykottiert; überall ersetzt die permanente Diskussion die Vorlesungen und Seminare.

16. Mai. Der Streik breitet sich auf Fabriken und Werften aus. 100.000 Arbeiter treten in den unbefristeten Streik. Die Regierung berät über Sofortmaßnahmen zur Wahrung der öffentlichen Ordnung. 10.000 Reservisten werden eingezogen, de Gaulle bricht seinen Staatsbesuch in Rumänien ab.

Der neue Versammlungsort der Pariser Arbeiter und Studenten ist das besetzte Odeon-Theater; die Diskussion gliedert sich in folgende Themenkreise auf: Universitätsreform; die internationale Arbeiterbewegung;

Auch in der Provinz finden die ersten wilden Streiks statt. Arbeiter besetzen ihre Betriebe und sperren die Werkleitung in die Büroräume ein. Mit jedem Tag wird die Unfähigkeit der Regierung (deren Parole "Reformen ja, Karneval nein" lautet) offensichtlicher. Die Krise verschärft sich von Stunde zu Stunde.

Am Montag, 20. Mai, treten bereits zwei Millionen Franzosen in den Ausstand. Verkehr und Industrie des ganzen Landes sind lahmgelegt. Mehr als 100 Fabriken in allen Landesteilen sind bereits besetzt, über vielen Gebäuden weht die rote Fahne. - Kein Zug verkehrt, die Omnibusfahrer legen ihre Arbeit nieder, die Arbeiter der Müllabfuhr treten in den Ausstand, ebenfalls die Post- und ▶

**schichte + information + zeitgeschichte + information + zeitge
+ zeitgeschichte + information + zeitgeschichte + information**

Fermelangeangestellten. Eine Welle von Hamsterkäufen verschärft die Versorgungslage Frankreichs. Die Regierung sieht sich außerstande, die unzufriedene Arbeiterschaft zu beruhigen. Das Ausmaß der sozialen Unruhe ist nicht mehr einzudämmen.

Sechs Millionen Arbeiter befinden sich am Abend des 20. Mai in Ausstand.

21. Mai. Sieben bis acht Millionen Arbeiter sind es am Dienstag, die ihre Betriebe und Direktionsbüros besetzt halten. Das ist die Hälfte aller französischen Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes der gewerblichen Wirtschaft. Die Regierung verkündet die Amnestie für die verhafteten Studenten.

Gott noch Meter

Am 23. Mai sind es bereits acht bis zehn Millionen Streikende. "Wir werden nicht gegen streikende Arbeiter marschieren" wurde zur Parole der Polizei. Man drohte mit Befehlsverweigerung.

25. Mai. "Das Land befindet sich am Rande der Lähmung. Es ist notwendig, mit einem grundlegenden Problem fertig zu werden, das uns unsere Epoche stellt, damit wir uns nicht über den Bürgerkrieg in äußerst ominöse und hassenswerte Abenteuer stürzen." - So weise und nichtssagende Worte sprach der große General, mit der Konsequenz, daß sich binnen fünf Minuten nach seiner Ansprache die Straße mit 25.000 Studenten füllte. Barrikaden wurden errichtet, Bäume zersägt, Autos zusammengeschieben.

Die Polizisten waren wie immer mit Schildern, Helmen, Holzstöcken und Tränengasschutzbrillen bewaffnet, die Mobilgarde sogar mit Gewehren. Zwei Wasserwerfer und unzählige Tränen- und Chlorgasgranaten lagen bereit. Es kam zu schweren Schlägereien - ein Teil der Studenten zieht zur Börse, besetzt das Gebäude und zündet es an. Auch in Lyon und Straßburg kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen, und die ersten Todesopfer rufen eine Welle von Protestaktionen im Ausland hervor.

Lauf Genosse, das Alte ist hinter dir

27. Mai. Die Arbeiter äußern ihren Unmut über die Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft ihrer Gewerkschaften. Unter den Rufen "Die Macht den Arbeitern" und "De Gaulles Rücktritt" versammeln sie sich zu einer Kundgebung im Pariser Sportstadion.



28. Mai. Der Demonstrationsauf Ruf der UNEF wird von Tausenden von Arbeitern und Studenten in allen größeren Städten befolgt. An diesem Mittwoch ist die Streikbewegung offen zu einem politischen Streik geworden, der die Ablösung der Regierung de Gaulle durch eine Volksfrontregierung zum Ziel hat.

Die Übereinkunft zwischen Regierung und Gewerkschaft, den Streik zu beenden, bleibt ohne Resonanz.

30. Mai. In seiner zweiten Fernsehansprache droht der "Träger der nationalen und republikanischen Gesetzmäßigkeit", Charles de Gaulle, mit dem Notstand, löst die Nationalversammlung auf und verkündet Neuwahlen. Denn, so meint er, Frankreich sei von der Diktatur bedroht. In dieser Nacht umzingelt die französische Armee Paris. Durch zahlreiche Orte im Umkreis der Hauptstadt ziehen unendliche Kolonnen mit schweren Waffen, Panzern, Fallschirmjägereinheiten und Infanterie.

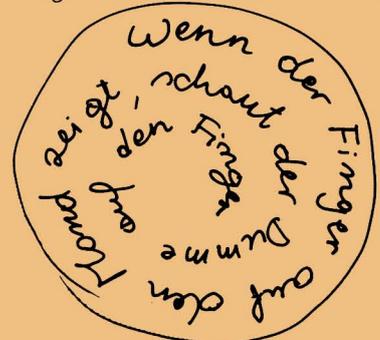
31. Mai. Während am Samstag 20.000 Studenten gegen die Politik des Generals demonstrieren, prügeln starke Polizeieinheiten in Straßburg, Mühlhausen, Lyon und den Pariser Vororten Streikende aus den besetzten Betrieben.

Dieser Antrag wurde am Montag, dem 20. Mai 1968, von der Vollversammlung der Sorbonne angenommen:

UNTER DER BERÜCKSICHTIGUNG, daß das politische Ziel der Arbeiter der Sturz des Regimes ist, daß die Besetzung in diesem politischen Rahmen ausgeführt werden muß, daß die Unterweisungen nur dann die Bedürfnisse des Volkes befriedigen, wenn sie das kapitalistische System vernichtet haben, daß die Universitätsreform nicht außerhalb dieses Rahmens gesehen werden kann, darf sie folgerichtig nicht nur das Werk derer sein, die studieren, sondern das Werk der Gesamtheit der Arbeiter.

Die Bewegung wird sich dann gegen eine Reform der kapitalistischen Universität wenden und folgerichtig die Bildung von paritätischen Kommissionen verweigern.

Die Bewegung distanziert sich sowohl von den Versuchen, die eine Umfunktionierung der Bewegung bedeuten würden und sie in den engen Bereich eines universitären Reformismus hineindrängen würden, wie es von einigen Professoren angestrebt wird, als auch von der studentischen Folklore, in der die Besetzung zu versinken droht, und sie möchte daran erinnern, daß es die notwendige Aufgabe der Studenten ist, sich dem Kampf der Arbeiterklasse gegen das Regime anzuschließen. ■



Texte aus:
Paris Mai 1968, Dokumentation Pamphlet Verlag, München 68
Claassen/Peters, Rebellion in Frankreich, dtv-report, Mü 68

Eva

Der Zeuge als Angeklagter

Das "variable Kapital" des Strafprozesses ist der Zeuge - ein Beweismittel, dessen Würdigung der freien Beweiswürdigung des Richters unterliegt. Zeuge in einem Strafverfahren kann grundsätzlich jeder sein - jeder, der vom Beklagten oder vom Staatsanwalt als solcher benannt wird. Im Prinzip sollte der Zeuge der Wahrheitsfindung dienliche Aussagen zu einem bestimmten Fall treffen. Ihm sollte - ob Belastungs- oder Entlastungszeuge - grundsätzlich Glaubwürdigkeit zugemessen werden, sofern keine schwerwiegenden Bedenken gegen seine Aussage sprechen.

In der alltäglichen Praxis ist dem jedoch nicht so. Entlastungszeugen werden zumeist von vornherein vom Gericht als mögliche Komplizen betrachtet und behandelt.

**Landesgericht für Strafsachen,
7.11.1977, 2. Stock, 9 Uhr vormittags.**

Hauptverhandlung in der "Strafsache gegen Karl Failer u.a. wegen §§ 6 u. a. SGG". Der Berichtstatter erlebt diesen Prozeß nicht als "Gerichtssaalkiebitz", sondern als Zeuge. Mit drei anderen Zeugen gemeinsam wartet er vor dem Gerichtssaal. Das Bild vor den Gerichtssälen ist überall das gleiche: drei bis fünf nervöse Menschen, meist rauchend auf dem Gang auf- und abgehend. Die Nervosität kann auch bei den Angeklagten kaum größer sein. Ein Zeuge, in schnellem Tonfall, die Frage ständig wiederholend: "Ich weiß doch nix, was wolln denn die von mir, ich kenn die Leut' ja gar net." Das Mädchen, offensichtlich Schwester des Hauptangeklagten: "Derf i nach meiner Aussage drin sitzenbleiben, es is doch mei Bruder?" Sie darf. Der verwirrte Zeuge, der sich im falschen Stück fühlt, wird aufgerufen und entlassen. Mein Auftritt bitte. Mit dem eigentlichen Vorfall habe ich nichts zu tun; es geht lediglich um einen

zurückliegenden Termin, einen Abend, den ich mit einem der Angeklagten verbracht habe. An diesem Abend soll jener einen Sack Haschisch übergeben haben. Er hat es mit Sicherheit nicht getan, jedenfalls nicht an jenem Abend. Die Voruntersuchung, über die wir noch berichten, will dies aber nicht wahrhaben. Jener Angeklagter, der hier vor Gericht sitzt, ist in der Hauptverhandlung kein Angeklagter mehr; sondern überführter Krimineller. Jeder von ihm genannte Zeuge ist deshalb von vornherein suspekt - ein möglicher Komplize, jedenfalls ein Lügner, zumindest aber ein Gutwilliger, der sich täuscht. Zumindest bei Herrn Dr. Wolfried Kirschner, der Vorsitzende dieses Senats ist.

Der Zeuge mißverstet die erste

und auf die Notwendigkeit der Aussage hingewiesen wurde. Letzteres kann vom Zeugen nicht terminisiert werden, da er nicht mit dem Firmen-Pkw unterwegs war und deshalb darüber auch keine Aufzeichnungen vorhanden waren. Lediglich der Anlaß des Treffens (Fußballmatch in Dornbach) war bekannt.

Die Justizmangel beginnt sich zu drehen. Obwohl die österreichische Rechtsordnung den "Ankläger" im eigentlichen Sinne bei Strafprozessen nicht kennt (sogar der Staatsanwalt hat die Aufgabe, Fälle neutral zu betrachten und auch alle Momente, die für einen Angeklagten sprechen, zu würdigen), sieht sich der Angeklagte und zumeist auch der allfällige Entlastungszeuge im Regelfall de facto zumindest einem An-

betrifft: rechtsstaat

Frage an ihn: Statt "Wann sahen Sie Herrn Woller letztmalig" versteht er "letztjährig". Über den Sinn dieser Frage verwirrt, gibt er an: "Ich glaube im September 1976". Der Richter, zufrieden: "Und sonst noch"? Antwort: "Im April, glaube ich, oder jedenfalls im Frühjahr". Vorsitzender, gönnerhaft: "Naja, ich verstehe schon, ich könnte mich auch nicht so genau erinnern, es liegt ja auch schon so lange zurück. Haben Sie Herrn Woller seither nochmals gesehen?" Zeuge: "Ja zwei- oder dreimal". Dem Vorsitzenden genügt's, der Verteidiger hat das Wort. Durch seine Frage merkt der Zeuge das Mißverständnis: "Letztmalig - letztjährig". Er korrigiert, versucht das Mißverständnis mit dem Irrtum um ein Jahr zu erklären. Er schildert den Ablauf des Abends sowie den Umstand, wieso er sich erinnern kann (Fahrtenbuch) und den Umstand, wie der Zeuge vom Angeklagten auf die Bedeutung dieses Abends

kläger gegenüber: dem Staatsanwalt. Ich sehe mich zweien gegenüber: dem Staatsanwalt ... und dem Vorsitzenden. Zunächst werde ich nochmals eingehend über jenes Treffen befragt, das im August oder September stattgefunden haben soll. Ich gebe Ort und Umstände (Matchresultat, Sportklubplatz) genauer an, kann jedoch das genaue Datum beim besten Willen nicht nennen. Der Staatsanwalt nennt den Termin (9. August 1977) und versucht beim Richter eine Ordnungsstrafe für mich zu erwirken, da ich eine weitere Frage nicht mit ja oder nein beantworten will, sondern mit einem ganzen Satz. Die Einschüchterung des Zeugen nähert sich dem Höhepunkt: Der den Akt offensichtlich nicht genau kennende Vorsitzende fragt den Zeugen, warum der Angeklagte ihn wohl schon im August nach den Vorfällen jenes Abends im April befragt habe, wo dieser Termin erst bei der ersten Hauptverhandlung genannt worden sei. ▶

Der Zeuge, eingeschüchtert, er- sucht, die Frage doch an den An- geklagten zu richten. Dessen Ver- teidiger, Dr. Rainer Cuscolecka, stellt klar, daß dieser Termin schon in der Voruntersuchung von einem der Angeklagten gegen Herrn Woller ins Treffen geführt worden und deshalb aktenver- merkt sei. Mangelnde Aktenkennt- nis des Vorsitzenden Dr. Kirschner oder Einschüchterungsversuch? Beides jedenfalls nicht strafpro- zeßordnungskonform. Zum Ab- scheid jedenfalls wird dem Zeu- gen noch versprochen, daß dessen Fotokopie aus dem Fahrtenbuch der Polizei zur Überprüfung vor- gelegt würde: "Wegen falscher Zeugenaussage, Sie wissen ja..." (Dr. Kirschner).

So wird nicht nur ein Schuldiger gemacht, sondern gleich zwei. Die Schöffen können allerdings nicht der rasanten Prozeßführung ihres Vorsitzenden Dr. Kirschner folgen: Nach einem 3/4-stündigen hervorragenden Plädoyer Dr. Cuscoleckas spricht der Senat den Angeklagten Woller frei. Das Gericht folgte somit den schwer- wiegenden Zweifeln, die Dr. Cus- colecka an der Voruntersuchung und am Vorgehen bei der Haupt- verhandlung anmeldete. Der Staats- anwalt meldet umgehend Nichtig- keitsbeschwerde an. Die anderen Angeklagten werden verurteilt. Zu bedingten Urteilen - ein eher mildes Urteil. Dennoch: I.G.R. Dr. Kirschner gilt als ein "harter" Richter. Dies erfährt nämlich der Berichterstatter vor der Türe. Zwei künftige Opfer des Dr. Kirschner haben Teile der Verhandlung mit- angehört, da sie sich vor einem Geschworenengericht unter dessen Vorsitz zu verantworten haben werden. Der Richter sei den mei- sten mit dem Landesgericht für Strafsachen zu tun Habenden dafür bekannt, besonders "scharf" zu sein, um seine Beförderung zum Oberlandesgerichtsrat zu beschleu- nigen. Was eben nicht in der Straf- prozeßordnung steht, sondern im Berufskodex - im mündlichen, versteht sich. Und der hat im Straf- prozeß noch allemal mehr Bedeu- tung als die StPO.

Ronny Pohoryles ■

biermann

Wolf Biermann aus der Nähe

Was mir an ihm gefiel und was nicht

Dieser Bericht ist ganz und gar subjektiv. Er beinhaltet die per- sönlichen Eindrücke des Verfä- sers, der zwanzig Stunden nicht von Biermanns Seite wich.

13. April 14 Uhr Flughafen Schwechat - Biermann ist da, klein, still und etwas hilflos wirkend. In der einen Hand die Gitarre, in der anderen ein Nylonsak- kerl mit Liedertexten; sonst nichts. Im Auto fragt ihn Eva, wie er den langen Ton im Lied von der Elbe bei Dresden schafft. Die Frage freut ihn, er erzählt stolz, daß er den Ton zwei Minuten hal- ten kann und daß man ihn auf der Plat- te verkürzen mußte, da es keiner geglaubt hätte. Seine erste Frage gilt dem Kar- tenverkauf. Ausverkauft!

15 Uhr Im Gasthaus beim Essen mit fünf Genossen und Genossinnen taut Biermann etwas auf. 'Wer sich nicht um das Leid vor der eigenen Haustür küm- mert, hat nicht das Recht, sich um das Leid am anderen Ende der Welt zu em- pören'. Liesl versucht ihn zu einer Aus- sage über die politischen Verhältnisse in Jugoslawien zu bewegen, wenn geht beim Auftritt. Biermann fühlt sich nicht zuständig, verspricht aber, sich damit zu beschäftigen.



Jeden Freitag & Samstag ab 20h Programm

16 Uhr Stadthalle Pressekonferenz - wenige Journalisten, Klischeefragen. Biermann glänzt mit Bonmots und kommt ins Plaudern. Er will nicht als Berufsdissident sein Leben fristen, son- dern sich möglichst heftig in die Zu- stände in der BRD einmischen, wo er jetzt lebt und wo es kalt geworden ist. Er ist Kommunist, das kann man an seiner Tätigkeit, seinen Liedern erken- nen. Aber er ist nicht berufen, festzu- stellen, wer noch. An welchem Körper- teil Husak noch Kommunist ist, weiß er nicht, vielleicht am Hintern, in den er getreten wurde. Er jedenfalls ist kein Opfer, sondern er hat sich die Schläge, die er in der DDR bekommen hat, red- lich verdient. Daß der Rummel in den Medien der BRD um ihn nachgelassen hat, betrachtet er als eine Normalisie- rung. Der Verkauf seiner Platten ist nach der Ausbürgerung nicht gestiegen. Die Plattenfirma, die sich das erhofft hat, begreift eben nicht, daß die Zahl derer, die sich für Biermann interessiert, begrenzt ist - denn 'für mich interessiert sich nur einer, der für den Sozialismus ist'. Nach der Pressekonferenz gibt es Sonderwünsche: der Wunsch eines Hallo-Redakteurs nach Autorisierung seines Berichts wird ebenso eindeutig abgelehnt wie alle weiteren Interview- wunsche. Nur dem ORF-ZIB 2 wird eines zugestanden. Geduldig hört sich Biermann die Sorgen von Vertretern der persischen Genossen in Wien an. Er ruft eine alte Freundin in Wien an und verlangt ziemlich energisch, daß nach dem Konzert Zeit sein muß für ein Ge- spräch mit ihr.

17 Uhr 30 Sound Check in der Stadthal- le. Abstimmung der Anlage gemeinsam mit dem Techniker. Zwei Profis in voller Fahrt. Alles läuft sehr freund- schaftlich und ruhig. Für branchenfrem- de Normalkonsumenten unverständlich. Die Anlage und das Harmonium werden für gut befunden (letzteres dann aber doch nicht benützt).

18 Uhr 30 Biermann wurde in die Woh- nung einer Genossin gebracht, um sich zu erholen. Auf dem Weg zum Wagen wird er von kleinen Mädchen erkannt und muß Autogramme geben. Er macht's gern. Dann fragt er, wieviele Leute die Halle faßt und was die Karten kosten. Er rechnet. Außer Tee hat er keine Wünsche.

19 Uhr 30 Interview hinter der Bühne. Biermann gibt sehr kluge, ausgewogene Antworten. Man merkt, daß er dialek-



Lieber Wolf Biermann!

Dein Konzert in der Stadthalle war für mich 'Ehrensache'. Ich saß in der 23. Reihe. Akustik gut, Sicht schlecht. Ich hab dich nach dem Konzert dann auch verteidigt. Vor meinen Freunden, vor Genossen. Ich hab ihnen gesagt, der Biermann könne nichts dafür, daß er lauter Ja-Sagern gegenüber sitzt (und die Geschichte mit dem einen Nein-Sager ein Ausrutscher von ihm war). Und: daß es doch gut und ein Lernprozeß von dir sei, kein Berufsdissident sein zu wollen und kein Plattenspieler. Auch das Kehren vor der eigenen Tür fand ich okay. Ich hab ihnen erklärt, was da der Unterschied zur 'Neuen Innerlichkeit' ist und daß der Staub vom Freund über das Klischee bis zur eigenen Faulheit reicht. Und: daß du in den letzten eineinhalb Jahren mächtig viel mitbekommen hast, über Sympathisanten und Stammheim bis zu Emanzen. Und ich hab für dich Punkte gesammelt - hier und da. Ich hab's getan, weil ich ein Fan von dir bin. Aber es ist sicher in deinem Sinn, wenn ich mein Fan-Dasein reflektiere, nach diesem Donnerstag Abend:

Weißt du, was ich gesucht und kaum noch gespürt hab? Deine Betroffenheit (Plausible Ausnahmen: Hamburger Deern, Hafenarbeit aus Hamburg und Bürgerinitiativler in Gorleben). Frage: (an den Demokrat-Kenner): Verwechselst du heute nicht das Wesen mit der Erscheinung? Oder Stammheim? Sicher unendlich wichtig, aber hast du was dazu zu sagen?

Und wem sagst du das? Wir sind nicht das österreichische Volk, dem die Einsicht in eine geeinte Linke vermittelt werden soll. Wir sind die Eigentümer von Plattenspielern, auf denen sich deine Songs drehen. Wir sind die Besucher, die in der Stadthalle im Zuschauerraum saßen. Und da saßen linke Schickeria und Spontis, Leute die 'adäquate' Idole suchen, aber auch organisierte Genossen. Und das durch dich zusammengeführte 'Wir' forderte Unterhaltung, Statements oder Ermutigung. Und du hast aufgespielt, damit wir konsumieren können. Du hast Angst, dein eigener Plattenspieler zu sein?

Ja siehst du denn nicht, daß wir dich zum Plattenspieler machen!

P.S. Bitte komm nicht auf den fatalen Ausweg, ein Lied kontra Konsumterror zu fabrizieren.

P.P.S. Nimm dir z.B. ein Beispiel an Walter Moßmanns Flugblatt-Liedern.

mit noch solidarischen Grüßen

Eva K. ■

tisch, analytisch denkt und nicht auf Phrasen aus ist. Der TV-Mensch will unbedingt, daß Biermann den *Stein der Weisen* singt. Biermann ist nervös: 'Bergreift doch, ich muß gleich auf die Bühne, da sind ein paar tausend Leute, ihr verlangt zu viel von mir!' Ist dann aber doch bereit. Er hebt an zu singen, ein Genosse von OL macht klick mit der Kamera und Biermann bekommt einen Tobsuchtsanfall. Er kennt den Genossen vom Essen und weiß, daß er kein Profi ist. Es ist ihm gleich, er tobt und rauscht ab. Kommt nach ein paar Minuten zurück, hält dem Genossen einen belehrenden Kurzvortrag, noch immer sehr unkollegial, und singt doch. (Jetzt muß ich sagen leider. Im ZIB 2 wurde kein Wort aus dem Biermann-Interview gebracht, sondern nur der *Stein der Weisen* verwendet, um die politischen Differenzen zwischen KPO (Muhri) und uns (Margulies) ins Zänkische, Lächerliche zu ziehen. Wenn das nicht geplant war?)

20 Uhr 10 Biermann ist auf der Bühne. Von Nervosität keine Rede. Souverän zieht er alle Register des großen politischen Bühnenkünstlers. Zum Konzert will ich nichts sagen - nur soviel: Biermann ist ein guter Sänger, ein ausgezeichneter Gitarrist und seine Texte treffen genau die Problematik unseres politischen Kampfes. Desillusioniert hat mich die Erkenntnis, daß die Zwischenbemerkungen, die scheinbar so spontan und nachdenklich kommen, offensichtlich gut einstudiert sind. Ich habe sie alle schon mal gehört - wörtlich, beim Essen, bei der Pressekonferenz oder im Auto. Auch die Gesten; mir fällt ein, daß Biermann als Schauspieler begonnen hat. Ist ja nix Schlechtes, nur: gibt's für ihn nur Bühne? Nicht gefallen hat mir die gnadenlose Art, in der er den einzigen (!)

oppositionellen Zwischenrufer fertig gemacht hat. Er hat sich benommen, als müßte er sich gegen den halben Saal voller Feinde zur Wehr setzen. Ich fand's peinlich.

24 Uhr Klub links. Der Raum ist voll. Rund 80 interessierte Genossen, die alle Fragen haben, die darauf brennen, mit Biermann zu diskutieren. Aber der will nicht, er hat seine alte Freundin nach 12 Jahren getroffen und ist entückt. Diese nimmt ihn hemmungslos in Beschlag. Ja, wenn sich zwei große Namen treffen, ist für kleine Leute keine Zeit. Nicht einmal die mehrmalige Frage, ob er nicht Fragen beantworten will, wird beantwortet. Sei's drum, es war auch so lustig. Als dann die alte Bekannte um zwei Uhr müde war, gelang es noch einigen Genossen, ihre Fragen anzubringen.

3 Uhr 30 Biermann ist heimgebracht und ich endlich im Bett. Er hat noch Zeit gefunden, sich ausführlich über die Genossin, die ihm das Quartier zur Verfügung stellte, zu erkundigen. Auch einstudiert? Oder spinn ich schon?

14. April 8 Uhr 30 Biermann freut sich spontan über die Weintrauben zum Frühstück. Er ruft noch seine alte Bekannte an, um ihr zu sagen, wie sehr es ihn gefreut hat, daß deren Begleiterin sich für sein Gitarrenspiel interessiert, denn 'die meisten Leute sind ja zu blöd, um das überhaupt zu hören'.

Lieber Wolf Biermann, wenn du wüßtest, wie knapp dran ich war, dir für diese Geringschätzung des Publikums den Weg zum Flughafen alleine suchen zu lassen.

10 Uhr Flughafen. Trotzdem Wolf, schönen Dank und alles Gute für deine Tournee durch die BRD.

Herbert Brunner ■

rosa, zart und schwindsüchtig

Ende Mai hält die SPÖ ihren Parteitag in Graz ab. Es wird, auf Kreiskys Wunsch und Initiative, ein Programm-Parteitag werden.

Dem Programm-Entwurf ging ein Problem-Katalog voraus, zusammengestellt und redigiert von der jüngeren Parteiintelligenz. Was der Programm-Entwurf (unter Kreiskys und Mallorcas Sonne fertiggestellt) dem Problem-Katalog gegenüber an besserer und verständlicherer Diktion gewonnen, das hat er an Inhalt und gedanklicher Klarheit eingebüßt. Das programmatische Kind trägt deutlich die Züge der ideologischen Vaterschaft Bruno Kreiskys – erinnert man sich an windige Wendungen in seinen Reden und Redereien der letzten Jahre. Im Ernst: Es ist die Tragik so mancher großer marxistischer Theoretiker gewesen, ihre Theorien nie in der politischen Praxis erproben zu können. Kreiskys, aber eigentlich der österreichischen Sozialdemokratie Tragik ist es, daß ein glänzender Pragmatiker und Taktiker auch die Funktion des ideologischen Wegweisers und Strategen übernehmen kann oder muß, weil kein Besserer dafür da ist oder da sein darf.

Ein Programm des Jein, des Jaaber, des Wedernoch und des Sowohlals-auch. Man kann es förmlich verfolgen, wo sich der Juso durchgesetzt und der Aso sich einfach wieder daraufgesetzt hat. Daß es uns nicht um billige Polemik geht, soll an Hand des Originals belegt werden. In den "Grundsätzen der Sozialisten" heißt es:

"Sie wollen die Klassen beseitigen und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilen."

"Sie streben eine klassenlose Gesellschaft an, in der Herrschaftsverhältnisse und Privilegien überwunden sind, und die auf den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufbaut"

Das klingt schön, ist sicherlich ehrlich gemeint und vor allem von jedem Sozialisten, auch linken, marxistischen, zu unterschreiben. Dann aber kommt schon der Hammer:

"Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromißlose Gegner des Faschismus und des Kommunismus".

Die Gleichstellung von Faschismus und Kommunismus ist hier keine Schlamperei der Formulierung, auch nicht Mangel an Differenzierungsvermögen, sondern propagandistische Absicht. Mit dieser Formulierung werden alle krummen Sorgen aus der Welt geschafft, die sich beim Lesen von "klassenlose Gesellschaft" und "Klassen beseitigen" bei rechten Freunden und Feinden eingestellt haben könnten. Was hilft die relativ ausführliche Beschreibung dessen, was die Programm-Entwerfer unter "Kommunismus" verstehen: die Zustände im "realen Sozialismus"? Das Verdammenswerte am Kommunismus wie Faschismus ist ihnen beiden gemeinsam: das Fehlen von Demokratie. Das ist dürftig, verharmlosend und gefährlich, insbesondere für eine künftige krisenhafte Entwicklung in den kapitalistischen Ländern und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. Wie soll da von uns die zu unterstützende und begrüßenswerte Absicht ernstgenommen werden:

Wir Sozialisten werden überall dort, wo im Rahmen kommunistischer Parteien oder Staaten demokratische Bewegungen entstehen sollten, solche Tendenzen sorgfältig beobachten und unterstützen".

Hier ist offenbar der "Eurokommunismus" gemeint, und da ist es ein wenig verwunderlich, daß ausgerechnet in diesen kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens und Frankreichs, die ihren Kampf um

Demokratie und gegen Faschismus nicht nur aus dem sicheren Exil und nicht nur hinter vorgehaltener Hand, sondern mit dem Einsatz des Lebens von Tausenden hingerichteter und zu Tode gefolterter Genossen geführt haben, die Entstehung demokratischer Bewegungen erst "sorgfältig beobachtet und unterstützt" werden müssen.

Demokratie ist das Zauberwort, das übrigens alle Klarheiten restlos beseitigt. Es wird tunlichst vermieden, zwischen *bürgerlicher* und *sozialistischer* Demokratie zu unterscheiden:

"Die Sozialisten wollen die politische Demokratie zur sozialen Demokratie weiterentwickeln. ... ohne Sozialismus keine soziale Demokratie."

Eine Zeile vorher hieß es:

"Ohne Demokratie kein Sozialismus."

Zusammenfassend sieht die Formel dann so aus: politische Demokratie plus soziale Demokratie ist gleich Sozialismus. Wir sind verblüfft, denn die Formel stimmt, sie ist richtig! Und verärgert, weil es ständig solcher logischer Akrobatenaakte bedarf, um des Pudels Kern aus dem Wust gewundener Erklärungen und verlegener Pseudobegriffe freizulegen. Zum Beispiel: *"Die Sozialisten lehnen alle Formen imperialistischer Politik ab."*

Das ist schon etwas, ja fast zuviel. Denn konkret erfahren wir über imperialistische Politik weiter nichts. Sind die Sozialisten (sie *"lehnen alle Formen imperialistischer Politik ab"*) auch gegen den "Sozialimperialismus" gleich den Maoisten? Es ist hier wie mit allen Begriffen des wissenschaftlichen Sozialismus: sie werden zwar verwendet, aber nicht auf ihren aktuellen Inhalt gebracht. Dienen sie bei anderen Gelegenheiten Phrasendreschern als Schlagworte, haben sie hier im Programm-Entwurf die Funktion von Aufputz, Dekoration, Ornamentik. Wie die roten Fahnen und Transparente beim SPÖ-Aufmarsch am 1. Mai. Sie werden nachher eingerollt und bis zum nächsten 1. Mai aufbewahrt. Dazwischen ist grauer Alltag, manchmal rosa aufgehell.

Auch "Kapitalismus in der Krise" wird recht anschaulich geschildert. Dann bricht die Beschreibung jäh ab, geht über auf eine umfassende Bestandsaufnahme der modernen kapitalistischen Gesellschaft (eine Art Klassenanalyse), und nun hofft der Leser auf seine Frage endlich Antwort zu erhalten: was tun dagegen, oder wie es im Entwurf heißt:

"Daher stellt sich für die demokratischen Sozialisten die Frage: Was kommt nach dem Wohlfahrtsstaat? Die Antwort lautet: die soziale Demokratie, die Durchdringung aller Bereiche der Gesellschaft mit den Ideen und Grundsätzen der Demokratie."

Ist es wirklich alles? Nein, da fängt ja das eigentliche Programm folgerichtig an, zusammengefaßt unter "Die Forderungen der Sozialisten": "Für die Weiterentwicklung der politischen Demokratie", "Für die Weiterentwicklung der demokratischen Rechtsordnung", "Für eine demokratische Verwaltung", "Für eine informierte Gesellschaft", "Für eine menschengerechte Wirtschaft", alles ausführliche, alles gute Forderungen, gute Absichten, gute Willensäußerungen. Es geht weiter: "Für eine umfassende Kultur" über "Österreich in der internationalen Gemeinschaft". Hier sind weitere durchaus akzeptable sozialistische Ideen und Überlegungen, die uns endlich zum springenden Punkt führen: "Der Weg der Sozialisten". Aber der springende Punkt ist nicht einmal ein kleiner Hupfer. Da ist kein Weg, kein Pfad, nicht einmal eine verwiterte Hinweistafel, wo's entlanggehen soll:

"Die Voraussetzung für die Schaffung einer neuen Gesellschaft ist ein neues Bewußtsein der Menschen"

"Die Verwirklichung dieser neuen Gesellschaft ist ein ständiger Prozeß. Durch mehr Demokratie wollen wir jene Ungleichheiten und Abhängigkeiten überwinden, die heute noch die Entfaltung, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung des einzelnen behindern und unmöglich machen. An die Stelle von Eigennutz und Selbstsucht sollen die ethischen Werte des Sozialismus treten".

Wir sind wieder dort angelangt, wo wir ausgegangen sind. Dieser Weg führt uns im Kreis. Sozialismus ist Demokratie plus Demokratie plus Demokratie ist Sozialismus. Wer schafft sie und vor allem wie schafft man sie? Wie werden Forderungen wirksam umgesetzt, die Gegner mattgesetzt, die Genossen

für den Kampf gewonnen? Will die SPÖ überhaupt kämpfen? Klassenkampf kommt nicht einmal versteckt in dem Entwurf vor. Vielleicht werden diese ausstehenden Antworten in die endgültige Fassung des Programms noch Eingang finden. Aber da wollen wir lieber nicht wetten...

Zsolt Patka ■

Viele schöne Worte

Im sozialdemokratischen Programmentwurf ist auch der Forderungskatalog "Für die Weiterentwicklung der demokratischen Rechtsordnung" zu finden. Der Forderungskatalog ist sicherlich fortschrittlich. Er trägt unverkennbar die integren Schriftzüge des Justizministers Dr. Broda. Ebenso aber auch unverkennbar die Unverbindlichkeit, die allen sozialdemokratischen Entwürfen unter sozialpartnerschaftlichen Vorzeichen anhaftet. Dies ist spätestens bei der Programmdiskussion deutlich geworden.

Die Hauptforderungen der SPÖ lassen sich kurz so zusammenfassen:

- Ausbau der freiheitlich-demokratischen bürgerlichen Rechte des einzelnen unter Berücksichtigung der sozialen Grundrechte, die in der Verfassung zu verankern wären (Recht auf Arbeit etc.). Hierzu insbesondere auch der Kampf gegen Todesstrafe und Folter und der Kampf für die Durchsetzung der Menschenrechte;
- Verbesserte Zugänglichkeit zum Recht, insbesondere für "die Schwächeren bei der Rechtswirklichkeit";
- Vermenschlichung des Strafvollzuges und Verbesserung der Resozialisierungssituation;
- Verbesserung der demokratischen Kontrolle der Justiz.

Die Forderungen der SPÖ zum Rechtssystem haben ohne Zweifel einen zentralen Stellenwert im Programmentwurf. Nicht ohne

Grund stehen sie im Programm unmittelbar nach den allgemeinen politischen Forderungen "Für die Weiterentwicklung der politischen Demokratie" an zweiter Stelle des Forderungsprogrammes. Und nicht umsonst hat sich gerade Justizminister Dr. Broda den Ruf des konsequentesten Reformers in der SPÖ-Regierung erworben.

Gerade bei der Konkretisierung der Forderungen zeigen sich aber die Schwächen des Programmes. Und bei allen Unterschieden zwischen dem österreichischen Rechtssystem und etwa dem der BRD – so erklärte z. B. der Sprecher des Justizministeriums Dr. Sepp Rieder bei der Vorstellung des SPÖ-Programm entwurfes, der Kampf gegen den Terrorismus dürfe die Demokratie nicht zerstören – gilt unsere hauptsächliche Kritik uneingeschränkt: Solange verbesserter Zugang zum Recht nur bedeutet, jedem einzelnen den Abschluß einer privaten Rechtsschutzversicherung (zum Nutzen und Frommen der Versicherung) zu ermöglichen, solange Österreich die Europäischen Menschenrechtskonvention wegen seines beispiellosen Verwaltungsstrafrechtes nicht voll anerkennen kann, eines Verwaltungsstrafrechtes, das als einzige europäische Rechtsnorm zuläßt, daß Beschuldigte durch eine Polizeibehörde bis zu drei Monaten Freiheitsstrafe verbüßen können; solange bleibt auch das Forderungsprogramm der SPÖ das, was das ganze SPÖ-Programm darstellt: Viel Papier mit schönen Worten.

R.P. ■

Entwurf für das neue Parteiprogramm

in Auszügen (illustriert)

(die Sozialisten)

„Sie wollen die Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die neue Gesinnung der freien Arbeit ersetzen, die die wirtschaftliche Tätigkeit als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffaßt.“

„Die Sozialisten sehen nicht von vornherein in einer Änderung der Eigentumsverhältnisse die Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik.“



„Die Sozialisten wollen bestehende Ungleichheiten, wo immer solche auftreten, beseitigen und daher auch den Abstand zwischen Bevölkerung und öffentlicher Verwaltung schrittweise abbauen.“



„Einkommensunterschiede sind auch dann gerechtfertigt, wenn sie unterschiedliches Arbeitsleid berücksichtigen.“



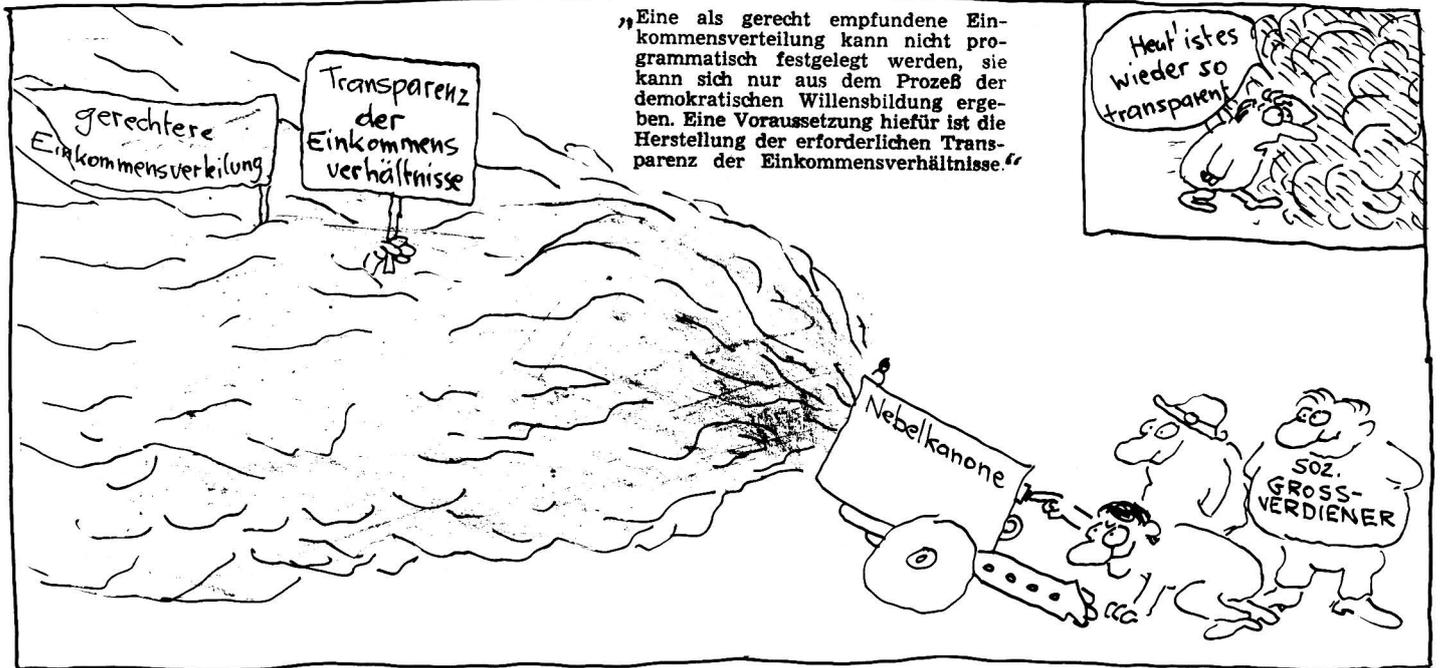
„Sie kämpfen leidenschaftlich gegen Krieg und Militarismus und für allgemeine Abrüstung unter internationaler Kontrolle.“

(Sie: die Sozialisten)

„Friedensmaterial Abrüstungsinstrumente“



„Die Gewerkschaften sind für uns mehr als nur die Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, Angestellten, öffentlich Bediensteten, Intellektuellen und Künstler.“



„Eine als gerecht empfundene Einkommensverteilung kann nicht programmatisch festgelegt werden, sie kann sich nur aus dem Prozeß der demokratischen Willensbildung ergeben. Eine Voraussetzung hierfür ist die Herstellung der erforderlichen Transparenz der Einkommensverhältnisse.“



nucht 78

Arbeitskämpfe in der BRD

Jäh wurde der "soziale Friede" in der BRD im ersten Viertel des heurigen Jahres in Frage gestellt. Die seit etwa vier Jahren schwelende Krise manifestiert sich nicht mehr nur in einer sechsstelligen Arbeitslosenzahl, sondern auch in einer Reihe von Arbeitskämpfen. Beginnend mit dem Hafnarbeiterstreik, der wegen der Höhe der Lohnabschlüsse Signalwirkung zeitigte, setzten sich die Auseinandersetzungen in der Druck- und Metallbranche fort, mit dem Streikziel, sich vor den Auswirkungen von Rationalisierungen zu schützen. Die Unternehmer führten den Klassenkampf auf ihre Weise: sie sperrten massenhaft aus.

Druckarbeiter: Druck von unten

"Wohin sind die Zeiten, da die Gewerkschaften dafür kämpften, daß der Arbeitnehmer am stetig wachsenden Sozialprodukt seinen gehörigen Anteil bekam", fragte wehmütig Chefredakteur Henri Nannen im "Stern". Denn die westdeutschen Druckarbeiter - unter diesem Sammelbegriff wollen wir hier der Einfachheit halber alle an der technischen Produktion in Druckereibetrieben Beschäftigten, wie Drucker, Setzer, Metteure usw. zusammenfassen - kämpften im ersten Jahresviertel nicht um mehr Lohn oder längeren Urlaub, sondern um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Und vor allem: sie traten dabei auch einigen Kollegen vom höheren Gewerkschaftsmanagement auf die Zehen, um sie ein wenig aus ihrer sozialpartnerschaftlichen Gartenlaubenromantik aufzuschrecken. "Stern"-Chef Nannen - es handelt sich um denselben Mann, der seinen "Vize" wegen einer in der Illustrierten abgedruckten Reportage über steuerflüchtige westdeutsche Millionäre Ende letzten Jahres fristlos beurlauben ließ - jener Nannen also fühlte sich bemüßigt, die "Freiheit des Geistes" in Gefahr zu wähen und sah bereits das Zeitalter eines "Neuen Deutschland - Ausgabe West" heraufdämmern.

Die Kampfmaßnahmen der Druck-, wie auch (neben Lohnforderungen) diejenigen der Metallarbeiter und demnächst vielleicht auch der Bank- und Versicherungsangestellten, richteten sich gegen die Auswirkungen von Rationalisierungsmaßnahmen

durch Installierung neuer Technologie: Durch die Einführung elektronischer Systemsteuerungen sollen nach Expertenschätzungen in den nächsten 15 Jahren zirka 3 Millionen Arbeitsplätze allein in der BRD vernichtet werden. Die Einführung der elektronischen Textverarbeitung im Druckereigewerbe (vergleiche "offensiv links" November/Dezember 1977) kann den Beruf des Setzers überflüssig machen und dafür die Arbeit anderer bei der Erzeugung beispielsweise einer Zeitung erheblich intensivieren. - Auch Journalisten oder billige Schreibkräfte können theoretisch die Texte in einen Computer eingeben und über einen Bildschirm die Druckseiten gestalten. Mindestens ein Drittel der in einem Zeitungsbetrieb Beschäftigten wird nach dieser Methode "freigesetzt".

Die westdeutsche Gewerkschaft IG Druck forderte daher seit September 1975 Verhandlungen über einen die Einführung neuer Technologie betreffenden Tarif(=Kollektiv)-Vertrag. Dies wurde von Unternehmenseite mit dem zynischen Argument verweigert, es müßten erst Erfahrungen mit eben dieser neuen Technologie gesammelt werden!

Die im Frühjahr 1976 schwerpunktmäßig durchgeführten Streiks brachten die Kapitaleigner immerhin dazu, sich Verhandlungen zu stellen. Die IG Druck ging in der Folge mit der Deutschen Angestellten Gewerkschaft und dem ständisch orientierten Deutschen Journalisten-Verband

(1) eine Tarifgemeinschaft ein, was nicht unbedingt die Kampfbereitschaft steigerte.

Im Mai 1977 wurde von dieser Tarifgemeinschaft ohne vorheriger Diskussion mit der Mitgliedschaft den Unternehmern ein sogenannter Rastertarifvertragsentwurf vorgelegt. Obwohl dieser Entwurf nur die schlimmsten Auswirkungen der Rationalisierungen abschwächen wollte - etwa durch Abfindungsregelungen für die Entlassenen - waren die Unternehmer nicht zu Abschlüssen bereit und verfolgten vielmehr eine Hinhaltetaktik, um durch die schlechende Einführung neuer Technologie die Gewerkschaften vor vollendete Tatsachen zu stellen. Gleichzeitig geriet aber die Gewerkschaftsführung unter zunehmenden Druck ihrer Basis.

So kam es zu Beginn dieses Jahres zu ersten Warnstreiks bzw. Überstundenverweigerungen des Druckpersonals. Die hauptamtlichen Funktionäre der IG Druck nahmen gleichzeitig die Verhandlungen wieder auf und einigten sich schließlich auf ein Papier, das den Vorstellungen der Unternehmer in etlichen Punkten weiter entgegenkam: So sollten z.B. Beschäftigungs- und Lohngarantien nur für fünf Jahre vereinbart werden.

Als erster setzte sich der IG Druck-Landesvorstand von Hessen gegen diesen Entwurf zur Wehr, indem er ihn - entgegen sonstigen Gepflogenheiten - veröffentlichte. Ein Sturm der Entrüstung brach daraufhin unter den Druckgewerkschaften hervor: Proteststreiks, Resolutionen und sogar Drohungen mit Gewerkschafts Austritten. Die dem Funktionärspapier entgegengehaltenen Forderungen lassen sich kurz folgenderweise zusammenfassen (2):

- Keine Entlassungen aufgrund der Einführung neuer Technologie;
- Fachkräfte der Druckindustrie an die Bildschirmgeräte,
- die Arbeit an Bildschirmgeräten darf täglich maximal vier Stunden

Streik in deutschen Häfen

Vom 25. bis 29. Jänner 1978 haben die Hafendarbeiter der BRD gestreikt. Ihre Forderung: 9 % Lohnerhöhung - das Angebot der Unternehmer (Verband der deutschen Seehafensbetriebe) 5,7 %.

Nach fünf Streiktagen bietet der Verband der deutschen Seehafensbetriebe 7 % für elf Monate; das bedeutet eine reale Lohnerhöhung

stellung ähnliche Zustände vorstellen kann?“, fragte Anton Benya. *“Eigentlich nicht. Bei uns gibt es, wie ich glaube, auf beiden Seiten weniger Heißsporne. Wir setzen uns zusammen.“* Zwischen österreichischen Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern wurde kürzlich ein einjähriges Moratorium (Stillhalteabkommen) abgeschlossen. Während dieser Zeit dürfen zwar neue Technologien eingeführt, aber keine damit in Zusammenhang stehenden Kündigungen vorgenommen werden. Bis zum Ablauf des Moratoriums soll ein Kollektivvertrag ausgehandelt werden. Nur: wenn die Unternehmer diese Zeit nützen und mit elektronischen Textverarbeitungssystemen *“aufrüsten“*, wird die Position der Gewerkschaft beim anschließenden *“Sich-Zusammensetzen“* erheblich schwächer sein als jetzt.

- betragen (wegen der Augenbelastung);*
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;
 - Sicherung des sozialen Besitzstandes, der Qualifikation und der Gesundheit bei Umsetzungen an neue Arbeitsplätze.

Die Gewerkschaftsfunktionäre der Tarifkommission sahen sich vor der kuriosen Situation, sich von ihrem eigenen Papier distanzieren zu müssen! Ein neu erstellter Verhandlungsentwurf, ein Kompromiß aus dem ehemaligen Papier und den *“Basisforderungen“* wurde von den Unternehmern nicht der Diskussion wert befunden. Die Gewerkschaft antwortete mit gezielten Schwerpunktsstreiks. Am 5. März schließlich schlugen die Druckunternehmer mit der Waffe der Aussperrung im gesamten Gebiet der BRD und in Westberlin zu.

Der schließlich Ende März ausgehandelte Tarifvertrag der Drucker darf trotz alledem als Erfolg gelten. Zwar wurden die von der Basis erhobenen Forderungen zur Absicherung gegen die Auswirkungen von Rationalisierungen nur ansatzweise durchgesetzt, die Verhandlungsergebnisse liegen aber dennoch weit über den im Jänner von der Gewerkschaftskommission vorgeschlagenen Maßnahmen:

- Acht Jahre lang müssen vorrangig Fachkräfte in der elektronischen Textverarbeitung beschäftigt werden;
- Schriftsetzer, Korrektoren und Perforatoren (Lochstreifen-Schreiber) erhalten für die Dauer ihrer Berufstätigkeit, auch wenn sie an einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden, ihr bisheriges Gehalt weiterbezahlt;
- alle anderen mit der Satzherstellung Beschäftigten bekommen sechs Jahre einen Ausgleich für Lohnverluste.

Diesen Abschluß, das sei nochmals betont, können sich nicht die freigestellten Funktionäre auf ihre Fahnen heften; - wäre das Gewerkschaftsmanagement rechtzeitig, d.h. bereits als die ersten elektronischen Textverarbeitungsmaschinen in der BRD eingeführt wurden, aufgewacht, hätte das Ergebnis noch wesentlich besser aussehen können.

“Ob ich mir in Österreich im Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien für die Zeitungsher-



Allgemein wird es nützlich sein, wenn sich die österreichischen Gewerkschafter, wenn sie sich schon nicht am Beispiel ihrer bundesdeutschen Kollegen orientieren, doch an die Praxis ihrer täglichen Morgentoilette erinnern: Wenn man bei der Zahnpastatube unten nicht draufdrückt, kommt oben nichts raus. R.H. ■

- (1) In der BRD gibt es zwei Berufsgruppenvertretungen für Journalisten: die Deutsche Journalisten-Union innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes und eben der ständisch orientierte, mithin konservative Deutsche Journalisten-Verband.
- (2) Zitiert nach: *“links“*, März 1978, S 3

um 6,4 % im ganzen Jahr. In einer weiteren Urabstimmung lehnen die Hafendarbeiter das Angebot ab.

Der Streik war bereits abgebrochen und für eine Wiederaufnahme ohne neuerliche Urabstimmung sieht die zuständige Gewerkschaft ÖTV (öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr) in ihren Statuten keine Bestimmung vor. Noch bevor die Hafendarbeiter sich in einer neuerlichen Urabstimmung wieder für Streik aussprechen, geruhen die Unternehmer für den 12. Monat des Jahres einen einmaligen Betrag von DM 115,- auszuscuttlen. Damit war die Kampfbereitschaft der 20.000 Hafendarbeiter in alle ▶

Seewinde zerstreut und 57 % der organisierten Hafenarbeiter sprechen sich für die Annahme des Kompromisses aus. Im Januar-*“express“* (Gewerkschaftszeitung des Sozialistischen Büros Offenbach) wird über die Unzufriedenheit der Kollegen in den Häfen mit ihrer Gewerkschaft berichtet. Die ÖTV sei zu wenig auf den Streik vorbereitet und deshalb die Organisation nicht zufriedenstellend gewesen. Schulungen während dieser Zeit haben völlig gefehlt.

Der Hafenarbeiterstreik und vor allem die durchgesetzte Lohnerhöhung von 7 % hat bei den Unternehmensverbänden (BDI und BDA) Bestürzung hervorgerufen. Bereits

die ersten Tarifverhandlungen in der diesjährigen Tarifrunde haben die Empfehlung, die die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht gab, nämlich Lohnabschlüsse unter 5 %, mißachtet.

Angesichts des Umsatzverlustes der Seehafen-Betriebe - 100 Millionen DM pro Streiktag (Süddeutsche Zeitung, 30.1.1978) - zitterten die Unternehmer anderer Branchen, daß das Hafenarbeiterbeispiel Schule machen könnte. Das wies ÖTV-Vorsitzender Kluncker von sich und beteuerte, daß dies sicher kein *”Modellfall“* wäre (Süddeutsche Zeitung, 3.2.78).

S.B. ■

Giganten- exkremente

Eines der Stoßgebete des modernen Aberglaubens samt Zubehör ist sicher: *“Gib uns unser täglich Öl“*. Raffiniert, in Benzin umgewandelt, dürfte es derzeit das begehrteste aller irdischen Güter sein. Zu Millionen Tonnen jährlich wird es leider nicht ins Nichts, sondern vornehmlich in die Luft unserer Städte verpufft. Von der gewinnträchtigsten Erfindung aller Zeiten, dem Vergasermotor. Und Hand aufs Herz: für wen von uns ist das Vehikel, dessen Massenproduktion eine der wichtigsten Triebfedern des kapitalistischen Wirtschaftswunders war, für welchen noch so fortschrittlichen Zeitgenossen ist es nicht zum entbehrlichen, aber schier unverzichtbaren Luxusgut geworden, das, wenn nicht mit Prestige, so doch mit Unabhängigkeit und Freiheit assoziiert wird? Soziologen machen die Beobachtung, daß das moderne Stadtkleinkind als erstes Wort meistens noch immer *“Mama“* zu sprechen beginnt - die Väter dagegen scheinen aber fast alle schon auf den bizarren Vornamen *“Atto, Atto“* zu hören...

Wir könnten es so impressionistisch fortsetzen, wenn die Sache nicht noch andere Seiten hätte, die früher schon als bedrohlich, heute aber bereits als verbrecherisch und lebensgefährlich empfunden werden müssen. Das Stichwort liefert uns die Ölpest an der Küste der Bretagne. Wer sind die Schuldigen an dieser Katastrophe, die eine Katastrophe für den Menschen

Metaller-Streik in Baden-Württemberg

Wie aus dem Bericht über den Kampf der Druckarbeiter in der BRD ersichtlich wird, geht es bei Tarifverhandlungen nicht mehr allein um den Lohn, der entsprechend der allgemeinen Teuerung (Preissteigerung von 4% in der BRD) eine bestimmte Höhe halten müßte. Es handelt sich bei diesen Kämpfen in den letzten drei Monaten um kollektive Kämpfe um das Recht auf Arbeit.

Die Aggressivität der Unternehmer in der BRD, die sich mit Aussperrung und Kompromißlosigkeit in den ersten Tarifverhandlungen 1978 bemerkbar machten, hat ihre Ursache in den Forderungen der Gewerkschaften, die neben die Lohnforderungen gestellt werden: der Tarifvertrag der IG-Druck zur Absicherung gegen die Auswirkungen von Rationalisierung und der Tarifvertrag gegen Herabgruppierung in der Metallindustrie (siehe weiter unten) könnten bedeuten, daß die Unternehmerseite eine Reihe von Möglichkeiten, die Krise auf ihre Art und Weise zu *“bewältigen“* schwinden sieht. Solange die Unternehmer durch Rationalisierung und Arbeitsintensivierung *“überhöhten“* Lohnforderungen *”Herr“* werden konnten, herrschte *“Friede“* im Lande.

Am 1. April beschlossen die IG-Metall und die Unternehmer für den Tarifraum Stuttgart einen Lohnabsicherungsvertrag, der eine Gültigkeit von 5 Jahren hat und die Abgruppierung in eine niedrigere Lohn- und Gehaltsgruppe bei Rationalisierungsmaßnahmen einschränken soll:

** werden Umstrukturierungen in einem Betrieb vorgenommen, so müssen die betroffenen Kollegen auf gleichbezahl-*

te Arbeitsplätze versetzt werden;

** ist dies nicht möglich innerhalb des Betriebs, so müssen Umschulungen für einen anderen gleichbezahlten Arbeitsplatz vorgenommen werden;*

** ist dies auch nicht möglich, so kann der Unternehmer Kollegen niedriger bezahlte Arbeitsplätze anbieten;*

** in diesem Fall muß als Übergang während der nächsten 18 Monate der alte Lohn weiterbezahlt werden. Danach erfolgt eine schrittweise Angleichung durch Nichtgewährung von Lohnerhöhungen an den niedrigeren Lohn.*

Außerdem sichert der Tarifvertrag den Kollegen in der Metallindustrie eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 5% ab 1. April plus die einmalige Zahlung von DM 411.- und beinhaltet die Anhebung der untersten Lohngruppe in die nächsthöhere.

Der Abschluß dieses Vertrags ist ein Erfolg - besser ein erfolgreicher Kompromiß: immerhin waren 8% Lohnerhöhungen, die Abschaffung zweier Lohngruppen und die vollständige Absicherung vor Abgruppierung gefordert. Doch in Anbetracht des Angebots von 3,5% der Unternehmer, die sich dabei auf den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung mit der Empfehlung, Lohnabschlüsse unter 5% zu halten, berufen, und dem Durchbrechen dieses *“Lohnedikts“* als Folge eines dreiwöchigen Streiks mit massenhafter Aussperrung, kann der abgeschlossene Tarifvertrag als Erfolg bezeichnet werden.

S.B. ■

Quellen:

Deutsche Volkszeitung (März u. April 78)

Arbeiterkampf (3.4.78)

Die Wahrheit (März u. April 78)

Berliner Extra-Dienst (März 78)

Express (März u. April 78) (März u. April 78)

links

und die Natur, aber keine Naturkatastrophe ist, gegen die wir heute noch recht hilflos sind?

Erstens: die französischen Behörden und die Regierung. An Warnungen hat es nicht gefehlt. Schon vor elf Jahren war der Öltanker "Torry Canion" an der Küste der Bretagne gestrandet. Auch damals hat das ausströmende Öl weite Küstenstreifen verseucht. Die "Olympic Bavary" und die "Boehlen" waren weitere Warnsignale — damals kamen auch 25 Seeleute ums Leben. Die von den Schiffen einzuhaltenden Routen — die "Amoco Cadiz" hatte die kürzeste, der Küste am nächsten liegende gewählt —, sind nicht obligatorisch, sondern haben den Charakter von Empfehlungen. Um sie verbindlich zu machen, müßten die betreffenden Regierungen mit den mächtigen Ölgesellschaften einen harten Strauß ausfechten.

Zweitens trifft die Schuld: eben diese multinationalen Ölgesellschaften. Wie nach ihrem eigenen Ebenbild bestellen sie sich von Jahr zu Jahr immer riesigere Supertanker, als VLCC (Very Large Crude Carriers) und ULCC (Ultra Large Crude Carriers) bekannt: 1975 hatte der damals größte Tanker ein Fassungsvermögen von 393.000 Tonnen Öl. Heute ist ein Fassungsvermögen von 450.000 Tonnen keine Seltenheit. Für Anfang der achtziger Jahre werden bereits Tankersaurier mit einer Tragfähigkeit von einer Million Tonnen und einer Länge von einem halben Kilometer geplant. Sie haben einen Bremsweg von mehreren Seemeilen; bei einem jäh eingeleiteten "Ausweichmanöver" würden sie in der Mitte durch das eigene Gewicht glatt auseinandergerissen werden; während der Fahrt durch den Ärmelkanal haben sie unter dem Kiel an einigen Stellen nur einen halben Meter Wasser.

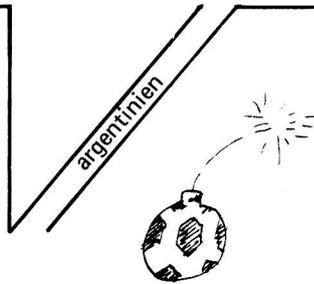
Aber sie sparen Transportkosten! In der Höhe von Millionen Dollar.

Drittens sind schuldig: viele kleine Haie auf dem Meer der Geschäfte und Profite. Länder, die billig Flaggen vermieten, Schlepper, die auf der Lauer liegen, um bei einer Havarie auf See, wenn ihnen die Abschleppaktion gelingt, enormes Geld zu verdienen. Die Abschleppaktion des deutschen Schleppers, den die "Amoco Cadiz" angerufen hatte, mißglückte. Und erst als die Trossen mehrmals gebrochen waren, wurden die französischen Marinebehörden vom Unglück verständigt.

Millionen Fische, Meeresfrüchte, Seevögel starben und sterben einen qualvollen Tod. Tausende Fischer verloren auf Jahre ihre Existenzgrundlage und müssen von staatlicher Unterstützung leben. Bequemlichkeit, Dummheit und last not least Profitgier haben es bisher erfolgreich verhindert, daß die Diskussion über die zunehmende Verschmutzung der Meere zu wirksamen Maßnahmen geführt hat. Kaum ein Küstenstreifen am Mittelmeer, wo man nicht in Öklumpen tritt.

Ohne Übertreibung: diese vom Kapitalismus vergoldete technische Zivilisation erstickt noch an ihrer eigenen Scheiße — bereiten wir ihr nicht ein sanfteres Ende.

Z.P. ■



Die Arbeiter spielen nicht mit

Tag für Tag werden heute in Argentinien Menschen verschleppt, gefoltert, ermordet. Die Zahl der seit dem Putsch vom März 1976 verschwundenen Personen liegt nach Angaben der CADHU (argentin. Kommission für Menschenrechte) zwischen 20 000 und 25 000. Nach Schätzungen von Amnesty International existieren in ganz Argentinien 60 Gefängnisse und Konzentrationslager, die alle extrem überfüllt sind. Wie die zahlreichen Streiks der vergangenen Monate zeigen, ist trotz dieses systematischen Terrors der Militärs die Widerstandskraft der Arbeiterklasse ungebrochen. Selbst die Angehörigen Verschwundener organisieren sich und machen die Weltöffentlichkeit auf das Schicksal ihrer Familienmitglieder aufmerksam. Je näher das WM-Spektakel rückt, das dem Ausland ein Bild des sozialen Friedens von Argentinien vermitteln soll, desto brutalere Mittel wenden die Militärs an, um die "Subversion", den organisierten Arbeiterwiderstand, auszuschalten: Am 14. März kam es im Frauengefängnis von Villa Devoto zu einem Massaker an politischen Gefangenen, das Amnesty International zufolge mehr als 150 Häftlingen das Leben kostete. Gleichzeitig bemüht sich die New Yorker Public Relations-Firma Burson & Marsteller im Auftrag der Junta, Argentinien "der Welt in einem höchst günstigen, positiven Licht darzustellen..."

Die argentinische Arbeiterschaft hat die Erfahrung jahrzehntelangen Widerstands gegen repressive Militärregierungen hinter sich. Schon in den ersten Jahren nach dem Sturz und der Verbannung Perons, als die Verfolgung der Gewerkschaften besonders stark war, entwickelten sich an der Basis wesentlich radikalere Positionen, als sie von der durch Peron aus dem Exil kontrollierten Gewerkschaftsbürokratie vertreten wurden. Es entstanden in der Folge immer wieder autonome Organisationen, die sich zwar noch als peronistisch verstanden, aber in ihrer Politik zusehends von Reformismus und Klassenkollaboration abrückten.

Nach dem Tod Perons (1974) waren die Gegensätze zwischen rechter Gewerkschaftsbürokratie und linker Gewerkschaftsopposition an der Basis unüberbrückbar geworden. Trotzdem konnte die CGT-Spitze in den vom Zusam-

menschuß der klassenkämpferischen Gewerkschaften getragenen Streikbewegungen zu Zugeständnissen gezwungen werden. Obwohl sie dem Druck der Basis fallweise nachgab, entglitt diese mehr und mehr ihrer Kontrolle. Neue Organisationsformen wie Fabriksversammlungen, Delegiertenkörper und Fabriksräte stellten in dieser Phase qualitativ neue Elemente der Entwicklung dar.

Die Situation änderte sich grundlegend durch den Putsch und die Intervention des Militärs in den Gewerkschaften. Durch die Militarisierung der CGT wurde die Bildung einer schlagkräftigen kämpferischen Gewerkschaft immer notwendiger. Auf Betreiben linksperonistischer Gewerkschafter kam es im August 1976 zur Gründung der CGT-R (CGT im Widerstand). In ihr sind jene Gewerkschaften aus allen Regionen des Landes vertreten, die über▶

die größte Kampferfahrung verfügen. Die Arbeit der CGT-R vollzieht sich im Untergrund. Obwohl auch sie von der Repression nicht verschont blieb, scheint die CGT-R heute bereits die Arbeiteravantgarde in den kämpferischen Großbetrieben der Industriezentren zu repräsentieren.

Vom 17. bis 24. Oktober 1976 rief die CGT-R zu einer Woche des Protests gegen die Militärdiktatur auf. In mehreren Wirtschaftszweigen fanden in diesem Zeitraum Arbeitskämpfe statt (Streik der Elektrizitätsarbeiter, Teilstreiks im Bankensektor und bei der Post, in Auto- und Metallbetrieben, bei der U-Bahn, bei Busunternehmen und bei den Hafentarbeitern). Parallel zu den Streiks wurden

Streikende zu entlassen, konnte das Streikziel erreicht werden.

Ab 26. Oktober kam es zu gut koordinierten Kampfmaßnahmen der Eisenbahner, des U-Personals, der Piloten und des Bodenpersonals zweier Flughäfen. Anfang November legten die 2 500 Arbeiter der Elektrizitätswerke *Luz y Fuerza* die Arbeit nieder, gefolgt von den Beschäftigten der Gas- und Wasserwerke. Auch Angestellte zweier Banken und Fahrer zweier Buslinien schlossen sich dem Ausstand an.

In fast allen Fällen wurden die Militärs zum Nachgeben gezwungen. Die streikenden Arbeiter durchbrachen damit die vom Wirtschaftsministerium und vom Internationalen Währungsfonds ausgearbeiteten Lohnrichtlinien.

Vorschrift“ zählen zum alltäglichen Repertoire an Kampfformen der Arbeiter in den Betrieben selbst. Laut dem offiziellen Bericht der Eisenbahnverwaltung über Sabotageaktionen zum Beispiel wurden 1976 225 Lokomotiven, 109 Dieselloks und 206 Waggons zerstört...

Die "Verrückten" der Plaza de Mayo

Der Widerstand gegen den Terror des Regimes ist nicht auf die Betriebe beschränkt. Seit dem Frühjahr 1977 existiert eine Bewegung der Frauen und Mütter verschwundener Regimegegner, die durch friedliche Aktionen die Weltöffentlichkeit auf die Lage ihrer Angehörigen aufmerksam zu machen versuchen.

Seit dem 30. April 1977 treffen sich diese Frauen – von den Militärs verächtlich "locas" (Verrückte) genannt - jeden Donners- tag auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires. Waren es beim ersten Treffen nur 15 Frauen, so nahm die Frauenbewegung rasch an Anzahl und Einsatz zu. Sie stellten "Habeas Corpus"-Anträge, erzwangen eine öffentliche Stellungnahme des Innenministers und brachten ihr Anliegen der "Ständigen Versammlung für die Menschenrechte", der Bischofskonferenz und dem apostolischen Nuntius Laghi vor (auf den da-

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG ARGENTINIEN

ORT: Auditorium Maximum der TU Wien, Getreidemarkt

ZEIT: 31. Mai, 19.00 Uhr

VERANSTALTER: CISLA, IGLA, ÖH

- Tonbildschau Argentinien
- Referat
- Zur Situation der Indianer Argentinien
- Schmetterlinge



von Sabotagegruppen der CGT-R Sabotageaktionen durchgeführt, die vom Zerschneiden von Elektrizitätsleitungen und Telefonkabeln bis zum Zünden von Bomben in mehreren Banken der Hauptstadt reichten.

Auch im Herbst '77 kam es zu einer Streikwelle, die jene von 1976 an Tragweite bei weitem übertraf und die Wirtschaftspolitik der Junta ernsthaft in Frage stellte.

In der zweiten Oktoberwoche begannen die 10.000 Arbeiter von IKA-Renault, Cordoba, mit Streikaktionen. Sie protestierten gegen die Entscheidung der Firmenleitung, die ausstehenden Lohnerhöhungen auf nur 15,7% zu begrenzen, während kurz vorher die Arbeiter von General Motors und Chrysler 30% erkämpft hatten. Trotz der vorübergehenden militärischen Besetzung des Betriebs und der Versuche,

Die fast täglichen Betriebskonflikte der letzten Monate in den großen Industriezentren des Landes zeigen, daß es den von der Junta so oft beschworenen sozialen Frieden keineswegs gibt: Der Widerstand der argentinischen Arbeiterklasse ist ungebrochen. Auch die von der Junta schon so oft behauptete "endgültige" Ausschaltung der Guerillas von ERP (Revolutionäre Volksarmee) und Montoneros (Linksperonisten) fand bisher nicht statt. Zwar mußten beide erhebliche Verluste hinnehmen, doch geben sie nach wie vor im Untergrund ihre Zeitschriften heraus und führen bewaffnete Aktionen durch. Meist stehen ihre Aktivitäten in direktem Zusammenhang mit Arbeitskonflikten. So verübten z.B. die Montoneros während des Eisenbahnerstreiks Anschläge auf Schienen, Bahnsignale, Bahnstationen usw. Sabotageakte und "Arbeit nach



AUFKLEBER, erhältlich bei IGLA (5, Schanbrunnerstr. 24/23) und beim Gemeinschaftsvertrieb (2, Franz Hochedlinger 6)

raufhin ein Bombenanschlag verübt wurde). Nach und nach wurde die einheimische und schließlich auch die Weltpresse auf die Bewegung der "Locas" aufmerksam: etwa, als es während eines Besuches von US-Abgeordneten zu Zwischenfällen zwischen demonstrierenden Frauen und der Polizei kam (15. – 19. September 1977); oder als sie sich anlässlich des Besuches von US-Außenminister Vance in Argentinien (Nov. 77) vor dem Regierungsgebäude versammelten.

Das Massaker von Villa Devoto

Es ist in nächster Zeit wohl kaum mit einem Nachlassen der Repression zu rechnen. Die Diktatur scheint vielmehr entschlossen zu sein, mit noch größerer Brutalität vorzugehen, um jeden Widerstand zum Schweigen zu bringen. Am 14. März war in der Umgebung des Gefängnisses von Villa Devoto, dessen Insassen fast alle aus politischen Gründen verhaftete Frauen sind, mehrere Stunden lang Maschinengewehrfeuer zu hören. In der offiziellen Version der Vorfälle ist von der Meuterei gewöhnlicher Krimineller die Rede, von denen 60 in den Flammen eines selbst gelegten Feuers umgekommen seien. Tatsächlich wiesen aber viele der verletzten gefangenen Frauen Schußwunden auf. Die Zahl der Opfer beträgt – entgegen den offiziellen Angaben – mindestens 150.

Bis heute weigert sich die Militärdiktatur, die Namen der Opfer bekanntzugeben: Der Verdacht liegt nahe, daß es sich um "Verschwundene" handelt, über deren Verbleib die Militärs jede Auskunft verweigern.

In einem vertraulichen Dokument zur Lage der Menschenrechte in Argentinien, das US-Außenminister Vance bei seinem Besuch in Argentinien im letzten November Videla überreichte, wird auf die *Pläne der argentinischen Militärjunta, Meutereien oder Fluchtversuchen entgegenzutreten*, Bezug genommen, deren Ziel die *Massenvernichtung von politischen Gefangenen im Laufe des Jahres 1978 ist* (La Republica, Cambio 16).

Die Diktatur übt Imagepflege

Zu ihrer Ausgabe vom 18.12.77 veröffentlichte die spanische Zeit-

schrift Cambio 16 Auszüge aus dem Konzept der Public-Relations-Firma BURSON & MARSTELLER, das diese im Auftrag der Militärjunta für deren Imagepflege im Ausland entworfen hatte.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen von Tourismusförderung bis zur Bestechung angesehenen internationaler Massenmedien und Sportreporter. Besonderes Gewicht wird auf die Manipulation der Presse gelegt. Unter anderem wird vorgeschlagen, einer großen Zahl von Journalisten aus verschiedenen Ländern *eine Vorzugsbehandlung mit großzügigen Einladungen einschließlich Geschenken und nächtlichen Vergnügungen* anzubieten. Darüber hinaus haben die Militärs durch verschiedene Maßnahmen Vorsorge getroffen, um einen



störungsfreien Ablauf der WM zu garantieren: Der Junta mißliebige Auslandsjournalisten werden besonders überwacht oder sie werden erst gar nicht zugelassen. Weiters muß jeder Käufer von Eintrittskarten seine persönlichen Daten genau angeben und Ausweispapiere vorlegen.

Angesichts dieser Lage dient jede Information über die wahren Verhältnisse in Argentinien dazu, dieses Täuschungsmanöver zu durchkreuzen und das Blickfeld der Öffentlichkeit über die Stadionmauern hinauszulenken: bis hinein in die Konzentrationslager und Folterkammern, bis hin zu den Schreibtischen der Konzernbosse, aber auch hinein in die Elendsviertel und miserablen Lebensverhältnisse der Massen, von denen die enthusiastische Sprache der Sportreporter nichts zu berichten weiß.

Hermann Klosius / IGLA (Informationsgruppe Lateinamerika) ■

Kater nach dem Rausch?

Von Ende Februar bis Anfang März fand in Peking der '5. Nationale Volkskongreß' statt, die erste Tagung des chinesischen Parlaments seit dem Sturz der sogenannten 'Viererbande'. Die westliche Presse hatte diesmal nicht viel zu berichten: Es gab keine spektakulären Stürze und Aufstiege, keine Kehrtwendungen in der Politik. Aber ein Großteil der chinesischen Politik findet weiterhin hinter den Kulissen statt.

Im Osten nichts Neues?

In den Dokumenten, die nach dem Volkskongreß veröffentlicht wurden, dominierten die Themen, die schon seit dem Sturz der 'Viererbande' im Vordergrund stehen: In der Wirtschaft die Mechanisierung der Landwirtschaft und der rasche Ausbau einer modernen Industrie. In einem Zehnjahresplan sollen 'dreißig Jahre Rückstand' aufgeholt werden. (Hoffentlich ist es nicht wieder eine der erfolglosen Aufholjagden). Die Naturwissenschaften sollen großzügig gefördert werden, das Bildungswesen soll wieder für 'alle Begabten' offenstehen. In Kunst und Literatur mögen wieder 'Hundert Blumen blühen und hundert Schulen wettstreiten' (Mao), und in der Außenpolitik wird der Kampf gegen die Supermächte, insbesondere gegen den 'gefährlicheren' Sozialimperialismus (= Sowjetunion) verstärkt. Allem Anschein nach also: Im Osten nichts Neues. ▶

Vergangenheit statt Liberalisierung

Dennoch sollte man sich manche Dinge, die sich vor und während des Volkskongresses ereigneten, etwas genauer ansehen.

Im Kulturwesen setzte sich die erwartete 'Liberalisierung' nach dem Sturz der 'Viererbande' im Herbst 1976 nur sehr zaghaft und begrenzt durch. Bis jetzt bestand sie weitgehend in einer Wiederherstellung der Lage vor 1965, also vor der Kulturrevolution: Die mehr als zehn Jahre verbotenen literarischen Werke von damals werden wieder aufgelegt, die Filme von damals kommen wieder in die Kinos, man spielt wieder die alte Peking-Oper. Viele Literaten und Künstler, die man 1966 mit dem Schandhut auf dem Kopf durch die Straßen schleifte, werden – soweit sie die Zeit überlebt haben – rehabilitiert und geehrt. Die neue Kultur, die neuen kreativen

gestiegen, aber der Abstand zum Lebensniveau der Städte hat sich nur unwesentlich verringert.

Körperliche Arbeit und Pflichtsitzungen

Zu den 'populären' Maßnahmen zählen auch noch die Öffnung der Hochschulen für alle qualifizierten Mittelschulabsolventen (früher mußten sie mindestens drei Jahre arbeiten), die weitgehende Abschaffung und Einschränkung der Teilnahme von Wissenschaftlern, Intellektuellen, etc. an der körperlichen Arbeit und an politischen Pflichtenveranstaltungen. Wissenschaftler z.B. sollen jetzt fünf Sechstel ihrer Zeit tatsächlich mit fachlicher Arbeit verbringen. (Für diese Maßnahme spricht zumindest, daß die wöchentliche Teilnahme an manueller Arbeit und an den politischen Sitzungen schon zu einem formalistischen Ritual erstarrt waren).

ten gibt es unterschiedliche Meinungen zu den grundlegenden politischen Themen.

Disziplin statt Basisaktivität

Die neue von oben verordnete Offenheit bleibt so lange wertlos, solange sie nicht von den Massen an der Basis aktiv genützt und ausgebaut werden kann. Der Großteil der Politik findet auch heute noch hinter verschlossenen Türen statt. Trotz einiger Retuschen in der Verfassung gibt es keine Kontrolle und Mitentscheidung durch die Basis über die Grundzüge der politischen Linie – genausowenig wie zu Zeiten der 'Viererbande'. Nur die heutige Politik wird – im Unterschied zu damals – von der Mehrzahl der Chinesen weitgehend akzeptiert. Und nur so kann sich die Regierung Schlagworte wie 'Disziplin' und 'Gefolgschaft der Partei', mit denen die 'Öffnung' unter Kontrolle gehalten wird, leisten.

"Sechserbande?"

Die Kritik an der 'Viererbande' ist immer noch nicht bis zur Frage durchgestoßen, warum und wie solche Leute in die entscheidenden Machtpositionen kommen konnten. Dabei müßte nämlich wesentlich mehr am System gekratzt werden, und man müßte die Rolle Maos (der alle diese Leute um sich geschart und zumindest geduldet hat) und seines Nachfolgers Hua Guo-feng (der ja einige Monate lang mit den 'vier' kooperierte und Deng Hsiao-ping stürzte) attackieren. Diese Dinge sind im Volk auch durchaus bewußt. In Wandzeitungen ist mehrmals die Absetzung von Leuten gefordert worden, die zuerst die 'Viererbande' unterstützt haben, und erst im Nachhinein auf die Deng-Hsiao-ping-Linie eingeschwenkt sind. ('Opportunisten' heißt das auch in China).

Es gibt auch genügend Anzeichen, daß es weiterhin einen Fraktionskampf in der Führungsspitze gibt (und keine offene Diskussion in dieser Frage).

Die Situation in China erinnert in manchem an die Sowjetunion nach dem Tod Stalins. Kommt auch hier der Kater nach dem Rausch der Erwartungen, des Optimismus und des Tauwetters?

—ple ■



Anstöße fehlen aber noch. Die Normalisierung kommt in kleinen Schritten, und die Frage nach der Aufgabe von Kunst und Kultur schwelt immer noch unter der Oberfläche.

Die Bauern naschen mit

Vor einigen Monaten beschloß die chinesische Regierung eine Anhebung der Löhne. Etwa die Hälfte der Fabrikarbeiter und Angestellten sind von dieser ersten Lohnerhöhung seit mehr als zehn Jahren (bei gleichbleibendem Preisniveau allerdings) erfaßt. Draußen bleiben vorerst die mehr als 700 Millionen Chinesen in den ländlichen Gebieten. Sie müssen sich die erwirtschafteten Erträge aufteilen – in fetten Jahren mehr, in mageren Jahren weniger. Die bäuerlichen Einkommen sind sicherlich im langjährigen Schnitt

Mehr Offenheit = mehr Demokratie

Trotz einiger Einschränkungen und Vorbehalte: Das politische Leben ist in den letzten eineinhalb Jahren ganz zweifellos offener und damit auch demokratischer geworden. Das bedarf vielleicht noch einer etwas näheren Betrachtung:

Der Parteitag im vergangenen September und der Volkskongreß waren diesmal keine totalen Geheimveranstaltungen, wie es lange Zeit üblich war. Man wußte diesmal im Voraus Bescheid, es wurden mehr Referate und Dokumente veröffentlicht, es gab vorher eine öffentliche Auswahl der Delegierten (wenn auch keine förmliche Wahl).

Auch Zeitungen und Zeitschriften bringen neuerdings wieder Ansätze von Diskussionen: In den wiedererrichteten Leserbriefspal-

ARBEITERBEWEGUNG. Theorie und Geschichte

lautet der Titel einer Taschenbuchreihe, die sich mit Fragen aus dem Bereich der Arbeiterbewegung auseinandersetzt. Die Reihe soll, so in der editorischen Vorbemerkung, "zur Diskussion innerhalb der Linken beitragen. Neue Formen der Darstellung und Aufarbeitung historischer Erfahrungen sollen gesucht und ausprobiert werden. Die Reihe soll gerade auch Themen behandeln, die aus parteipolitischen und sektiererischen Gründen jahrelang vernachlässigt worden sind." (Jahrbuch 1, S.7)

1973 ist der erste Band dieser Reihe erschienen, vier weitere sind bisher gefolgt. Alle Bände haben ein Schwerpunktthema, verschiedene Aspekte dieses Schwerpunktthemas werden von verschiedenen Autoren behandelt, eine Bibliographie zum Thema bietet die Möglichkeit, sich in das angerissene Thema weiter einzulesen. Aber nicht nur zum Hauptthema erscheinen Bibliographien, sondern auch zur Einführung in andere Themenbereiche, z.B. im Jahrbuch 1 eine Bibliographie zum Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus in Deutschland. Weiters finden sich in den Jahrbüchern Rubriken wie *Diskussion* etwa im Jahrbuch 3 eine über Geschichte und Sozialwissenschaften, *Rezensionen* zu Neuerscheinungen im Themenbereich *Arbeiterbewegung* und *Hinweise* auf Institutionen, Archive und Bibliotheken, die sich mit der Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung beschäftigen, über Tagungen und Forschungsvorhaben im internationalen Rahmen und über publizistische Initiativen wie Reprints, bibliographische Dienste usw. Wegen dieser Informationen sind diese Jahrbücher für alle hilfreiche Handbücher, die, sei es wegen Artikeln, Seminaren, Dissertationen oder ähnlichem, an Fragen zur Arbeiterbewegung arbeiten.

Hermann Fritzl

Das Jahrbuch 1 befaßt sich mit Karl Korsch. Korsch, dem Verfasser von Büchern wie *Marxismus und Philosophie*, *Karl Marx* und Texten wie *Die materialistische Geschichtsauffassung* u.a., der von der Studentenbewegung wiederentdeckt wurde. Es ist mir hier, auch aus Platzgründen, nicht möglich, mich näher über die Thesen von Korsch, seine politische Tätigkeit und die wechselnde Rezeption seines Werkes, einzulassen. Dies ermöglicht das Jahrbuch 1 ebenso wie eine kritische Rezeption seines Werkes, die Korsch in die Geschichte stellt und nicht, wie andere Texte über ihn, allein den philosophischen Gehalt seines Werkes betonen. In mehreren Beiträgen werden "anhand von Korsch... wichtige Grundthemen - philosophische, politische, rechtstheoretische - aus der Geschichte der Theoriebildung in der Arbeiterbewegung" behandelt. (Jahrbuch 1, S.7)

Ein weiterer interessanter Artikel befaßt sich mit dem Verhältnis Karl Korsch und Bert Brecht. Brecht hat nämlich Korsch zeit seines Lebens als seinen "Lehrer" bezeichnet. Damit möchte ich zu einem weiteren Artikel in diesem Buch überleiten, der sich mit den Stellungnahmen Brechts zum Stalinismus befaßt. Daher auch der Titel: *Bertolt Brecht und der Stalinismus*. (Jahrbuch 1, S.349-356) Der Autor schaut sich hauptsächlich an, was Brecht in seinem *Arbeitsjournal*, das er von 1933 bis 1955 führt, so über die SU schreibt. "Umgang und Lektüre

Gespräch mit Freunden" (S.351) Zu Walter Benjamin sagte er: "In Rußland herrscht eine Diktatur über das Proletariat. Es ist so lange zu vermeiden, sich von ihr loszusagen, als diese Diktatur noch praktische Arbeit für das Proletariat leistet." (S.351) "Den Stalin-Hit-

ler-Pakt kommentierte Brecht mit der Bemerkung, "daß die Union sich rettete, um den Preis, das Weltproletariat ohne Losungen, Hoffnungen und Beistand zu lassen." (S.354) "Zur Potsdamer Konferenz bemerkte er: 'eine Arbeiterregierung könnten nur die Russen einsetzen

bücher

zeigen, daß Brecht mit den marxistischen Kontroversen um den sozialen Charakter der Sowjetunion vertraut war; er stopfte sich nicht, wie so viele andere, vor den häretischen Theorien die Ohren zu; sein politischer Realitäts-sinn blieb intakt." (S.349) Aber: "Dem Publikum präsentierte er sich als unkritischer Freund der stalinistischen Sowjetunion, auch 1956 eher als ein aufgeklärter Stalinist denn als antibürokratischer Revolutionär." (S.350) "Der Korsch-Schüler bewahrte sich freilich seinen Scharfblick als Privatmann, im

... , aber selbst dann könnte sich so etwas nur sehr schwer zu einem Sozialismus entwickeln." (S.354)

Und über 1953 in der DDR: Die Partei kam in Kontakt mit den Arbeitern "nicht in der Form der Umarmung, sondern in der Form des Faustschlags... die Partei hatte zu erschrecken, aber sie brauchte nicht zu verzweifeln... als große Gelegenheit kam die große Gelegenheit, die Arbeiter zu gewinnen." (S.355)

Soweit der Versuch einer kurzen Inhaltsübersicht über das Jahrbuch 1.

ARBEITERBEWEGUNG. Theorie und Geschichte

- Jahrbuch 1.** Über Karl Korsch. (1973) 414 Seiten. Bd.Nr.6600
- Jahrbuch 2.** (1974) Marxistische Revolutionstheorien. 376 Seiten, Bd.Nr. 6606
aus dem Inhalt: Marx und das Problem der Revolution/Aspekte des revolutionären Konzepts Rosa Luxemburgs/Leninismus und Revolution/ Verhältnis Partei-Klasse bei Trotzki/Persönliche Erinnerungen an die "Gruppe Internationaler Kommunisten"/ Geschichte der Arbeiterbewegung: Zwischen Sozialgeschichte und Legitimationswissenschaft/Arbeiterlieder in der Weimarer Republik u.a.
- Jahrbuch 3.** Die Linke in der Sozialdemokratie. (1975)368 Seiten, Bd.Nr.6609
aus dem Inhalt: Lenin, die Bolschewiki und die 2.Internationale/Karl Liebknecht und das Problem der sozialistischen Revolution in Deutschland/Rosa Luxemburgs Kritik der deutschen Gewerkschaftsbewegung/A.Pannekoek in der Vorkriegs-Sozialdemokratie/Die Linke in der SPD nach 1945/Arbeiterautonomie und Partei. u.a.
- Jahrbuch 4.** Faschismus und Kapitalismus. (1976)333 Seiten, Bd.Nr. 6610. Im Moment vergriffen
- Jahrbuch 5.** Kritik des Leninismus.(1977)304 Seiten, Bd.Nr.6611
aus dem Inhalt: Bedingungen und Chancen einer sozialistischen Entwicklung in Gesellschaften sowjetischen Typs/Vom Wesen des Sowjetstaates/ Lenin und das Problem der Übergangsgesellschaften/Luxemburgs Lenin-Kritik/Bernstein und Lenin/Die Ergebnisse der "Revolution" Stalins in Rußland/Leninismuskritik: aktuelle Diskussion u.a.

Alle diese Bücher sind im Fischer Taschenbuchverlag erschienen und kosten zwischen 70 und 100 öS.

Könnt's Euch erinnern, damals vor 10 Jahren?



"... und da, auf dem Bild das bin ich auf der großen Vietnam-Demo, und da, kannst dich nicht erinnern?, da sind wir bei der Shah-Demo; mein Gott, haben wir damals lange Haare gehabt und du mit dem Bart, haha, und hier, ... das war doch die Prügelei "

nach 10 Jahre danach...